

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mt. Anzeigenpreis die 3 gesetzte Seiten 40 Pf.  
Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluss der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### Beharrlichkeit und Ausdauer!

bringt den Erfolg. Vornehmlich in der gewerkschaftlichen Arbeit, in der Agitation. Darum nicht erschrecken, nicht ermüden, wenn sich große Schwierigkeiten auftürmen.

In allen Ortsgruppen, die es mit ihrer Organisationsarbeit ernst nehmen, muß die Winterarbeit jetzt im vollen Gange sein. Das Winterprogramm ist aufgestellt, nun ist die Ausführung in Praxis durchzuführen.

Das wichtigste ist und bleibt vorläufig die Werbearbeit. Unsere Kämpferschar muß verstärkt werden, um die praktischen Erfolge unseres Strebens zu beschleunigen. Nach einer wirtschaftlichen Krise gehen wir jetzt wieder einer besseren Konjunktur entgegen. Dieser Vorfrühling des Wirtschaftslebens muß agitatorisch ausgenutzt werden. Darum an die Arbeit!

In den Mitgliederversammlungen und Vertrauensmännerstungen ist die Kleinarbeit zu organisieren, die Arbeitsfreudigkeit anzuspornen und fortlaufend nachzutun. Die Vertrauensmänner müssen in der Gewinnung neuer Mitglieder wetteifern. Nicht einige wenige, sondern alle Verbandsmitglieder müssen dabei mithelfen.

Besonders notwendig ist das zur erfolgreichen Durchführung der Haussagitation. Diese muß in allen Ortsgruppen, Wahlstellen und Sektionen nachdrücklich in Angriff genommen und planmäßig betrieben werden. Wo dieses noch nicht eingeleitet ist, hat es unverzüglich zu geschehen.

Gewerkschafter haben keine Zeit müde zu sein. Arbeiten, streben, kämpfer ist unser Los. Nur darin finden wir Bestrebung, nur das verbürgt uns den Erfolg.

### Sittliche Werte der gewerkschaftlichen Arbeit.

In einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung in Essen anlässlich des zehnjährigen Bestehens unseres Metallarbeiterverbandes hat Herr Dr. Sonnenchein über die sittlichen Werte der Gewerkschaftsarbeit einen Vortrag gehalten, den wir seiner Wichtigkeit wegen an dieser Stelle zum Abdruck bringen und unseren Lesern zum eingehenden Studium empfehlen.

Herr Dr. Sonnenchein (M.-Gladbach): Meine sehr verehrten Herren! Die Beantwortung der Frage, ob die gewerkschaftliche Organisation, diese Zusammenfassung der Kraft und Macht des Industriearbeiterstandes, auch nach der sittlichen und erziehlichen Seite Werte für unsere vaterländische Entwicklung darbotet, wird vereint in Angesicht dieser imposanten Versammlung und nach der ergreifenden Rede Ihres Verbandsvorsitzenden eine außerordentliche Leidenschaft. Er hat uns aus den Anfängen Ihres Verbandes erzählt, von Not und Mühen, von angestammten und opferreichen Stunden. Er hat uns daran erinnert, wie es die eigene Kraft ganz allein gewesen ist, die Sie zu dem Vereine zusammengetragen, die eigene Kraft, die Sie erobern ließ, die eigene Kraft, die Sie heute noch an Ihre Fäuste fesselt. Nicht alle Überlieferung, nicht bequemes Weiterleben, nicht der Schleierdran des Geschehenlassens, sondern Wille und Eintracht und Hingabe an Ihre Fäuste. Und was soll ich sagen angesichts dieser Versammlung selbst. Eine solche Versammlung, diese Art dem Redner zu folgen, diese Aufrksamkeit und Umsicht, zu hören, zu beweisen und zuzustimmen, diese prachtvolle Selbstdisziplin wäre vor 10 Jahren unmöglich gewesen. Als vor einigen Monaten in Köln der christliche Gewerkschaftskongress tagte, sah ein Ausländer neben mir, der mir sagte: „Ich bin überrascht von diesen Köpfen. Soviel interessantere und interessante Köpfe sieht man nicht alle Tage in öffentlichen Versammlungen.“ Ich sage daher, es ist heute und hier leichter als sonst, die Gegenstand meines Vortrags zu erledigen. Es gilt lediglich, die

Empfindungen dieser Stunde im Einzelnen auszumalen und darzulegen. Also:

Ist Gewerkschaftspolitik lediglich Machtpolitik oder auch Erziehungspolitik?

Sie ist auch Erziehungspolitik. Ist es in hohem Maße. Es gibt weite Volkskreise, die von niemand anders so liebevoll, so ehrlich und so erfolgreich erzogen werden können, als von der recht ausgeübten Arbeiter- und Vereinapolitik, als von der Gewerkschaftspolitik. Es liegen in ihr außerordentliche Werte,

persönliche, gesellschaftliche und vaterländische Erziehungswerte.

Was zunächst die ersten dieser Weite und Momente, die Persönlichkeitswerte angeht, so springt vor allem die in Ihrer Bewegung geweckte

### Bildungsaktivität

in die Augen. Die Gewerkschaftsbewegung weckt das Bildungsbedürfnis auch im einfachsten und legtesten Arbeiter. Wer vollständiges Gewerkschaftsmitglied sein will, muß an seiner Bildung tätig sein, denn Gewerkschaftsmitglied sein, heißt mitarbeiten an der Hebung eines ganzen Standes und eines Standes, der weit über seinen eigenen Stand hinaus verbunden und verknüpft ist mit den Schicksalen anderer Stände, der eingegliedert ist in ein Wirtschaftsleben, so verwoben, wie es die Geschichte der letzten 1000 Jahre nicht gekannt hat. Wir stehen mitten in einem Wirtschaftsleben, das alle Tage wächst, das für 64 Millionen Menschen heut schon Platz und Haus und Boden und Kleidung und Nahrung schaffen muß, in einem Wirtschaftsleben, so kompliziert, daß wir über die Meere mit unserem Export, bis ins letzte kleinste Dörfchen mit unserem Reisenden ziehen. Gewerkschaftsmitglied sein heißt, in dieses Netz von Dingen, in diese ineinander verschlungenen Beziehungen sich einen Einblick gönnen, langsam dahinterkommen, wie die Dinge zusammen hängen. Nur der, der einen Überblick hat, der schätzen kann, wie notwendig Kapital, Fabrik, Feuerzeugen und organisierte Arbeiterschaft sind und wie nötig alle diese Faktoren zusammen gehören, nur der kann ein verständiger Gewerkschaftsmann sein. Darum heißt gewerkschaftlich organisiert sein zunächst an seiner persönlichen Ausbildung arbeiten. Darum findet man auch die ständig steigende

### sozialstaatsbürgерliche Intelligenz

in den Kreisen unserer Gewerkschafter; die Gewerkschafter sind in dem Augenblick stumpf, in dem sie lediglich über aufgeheizte, aber nicht aufgeklärte Massen verfügen. Es ist in ihrem Wesen bedingt, ihre Arbeiter stärker zu schulen und zu bilden, als irgend ein anderer Verband es tut, denn es versagten die Arbeitermassen, wenn sie nicht gebildet und geschult sind, auf dem Gebiet ihrer eigenen Interessen. Aus dieser Spezialbildung, die die Gewerkschafter naturgemäß fördern, wächst ganz von selbst ein Bedürfnis nach größerer

### Allgemeinbildung

nach stärkerer Anteilnahme an dem geistigen Leben des ganzen Vaterlandes überhaupt heraus. Nur der stupide Arbeiter, der ganz unten an der Grenze der Kultur steht, hat kein Interesse für Musik und Theatervorstellungen, keines für ein gutes Buch, das er in seiner freien Zeit daheim lesen könnte. Wer Gewerkschaftskämpfer ist, der weiß, daß die freie Welt, die er hat, langsam erkämpft worden ist, daß er vielleicht fünf Jahre gerungen hat, um eine halbe Stunde mehr arbeitsfreie Zeit für sich zu erobern, und deshalb hat er ein Interesse daran, in dieser freien Welt seiner Selbstbildung seinem eigenen Willen in geistigen Dingen, der Aufgabe der Erziehung seiner Kinder, einer eben anprechenden Erholung nachzugehen. Und so steht natürlich bei wachsender Gewerkschaftsbewegung der

Gebrauch der Bibliothek, das Interesse für klassisch-Theaterstücke, das Interesse für eine gute Musik anstatt der Tinglettangelorchestrionmusik und in von Tabaksqualm durchtränkerten Kneipen. Dem rüstigen Menschen sind diese höheren Genüsse fremd, weil er nicht gelernt hat, aus eigener Kraft an der Besserung seiner Lage zu arbeiten. Die Gewerkschaftsbewegung weckt zweifellos das Interesse an der Allgemeinbildung. Ohne sie würden die Kurse, die in den Ferien von Studenten abgehalten werden, nicht so stark von Arbeitern und kleinen Leuten besucht sein, die dort ihre Kenntnisse bereichern können, ohne Gewerkschaftsbewegung würde das Interesse an den politischen Vorgängen innerhalb der Arbeiterschaft nicht so lebendig sein. Nun könnte man sagen, das ist aber noch wenig, wenn die Gewerkschaft nur Bildungswerte erzeugt. Wir können aber gleich hinzufügen, daß sie an zweiter Stelle außerordentlich starke

### Charakterwerte

und wirkliche Erziehungswerte ihren Mitgliedern vermittelt. Ist es nicht zunächst ein

### Gefühl des Schutzes,

das verliehen wird von einer großen Organisation, an die man sich anlehnen kann? Wenn Ihr Vorsitzender eben ausführte, daß gerade die Metallarbeiterorganisation ein Schutz- und Trutzbündnis darstellt gegenüber den Gewalten, denen gegenüber man sich in selber ganzer Kraft zeigen muß, um etwas durchzusetzen, so frage ich Sie, ist es für den einzelnen Arbeiter nicht etwas überaus Sittliches, nicht etwas überaus Beruhigendes, nicht etwas überaus Charakterstärkendes, wenn er weiß, daß er jemanden hinter sich hat? Wer ein Waisenkind ist im gewöhnlichen Leben, der entbehrt bitter die Stärke der Familie, und wer ein Waisenkind ist im wirtschaftlichen Leben, der entbehrt jene Kraft, die von einer Organisation ihm geboten wird. Die Organisation ist seine Familie. Es entwickelt sich der Charakter bei weitem besser, wenn sein Träger im geschlossenen Stande aufzutreten kann. War nicht dieses Werk eine vornehmliche Eigenschaft der mittelalterlichen Wirtschaftsorganisationen? Der Arbeiter fühlt sich als Mitglied einer Organisation nicht mehr als ein weggeworfenes Blatt, als ein abgeschnitten Zweig des Baumes, sondern als etwas Lebendiges, als etwas Familihaftes, er erlebt den heimatlichen Zusammenschluß mit Anderen, die den gleichen Pfleg führen, die den gleichen Hammer schwingen; er ist kein Waisenkind mehr. Das ist die erste Charakterstärkung, die jede Organisation gibt. Dadurch werden Charaktere geschaffen. Charaktere müssen aus sich selbst heraus machen, in einem Ganzen ihre Edeln und Ranten abstoßen. Aber nicht nur das Gefühl des Standesbewußtseins, nicht nur das Gefühl, Arbeit geleistet zu haben, auch das Gefühl, wirkliche und praktische

### Nächstenliebe

ausgeübt zu haben, darf das Hochgefühl des Gewerkschaftlers sein. Es ist nicht der Egoismus in erster Linie, es ist nicht die Selbstsucht in erster Linie, die die Gewerkschaft ausmacht, denn sehr viele von Ihnen erleben es nicht mehr, daß Sie ernten können, was Sie mit blutender Hand gefügt haben. Die Alten, die unter uns sind und schon in den nächsten Jahren abberufen werden können, haben unendlich viel geleistet, wovon sie selbst auf Erden nichts mehr haben werden. Aber das ist eben der Grundrisch der Gewerkschaftsbewegung, die Lage für den Stand, für die Kinder, für die Eltern, die vereint im Schatten des Baumes leben können, den sie „in notvoller Zeit“ mit schwerer Hand gepflanzt haben. Ich darf so mit Recht sagen, daß die Gewerkschaftsbewegung ein Stück moderner Nächstenliebe, ein Stück Lebendigen Ideals muss dem Arbeiterstande ist. Das sind nicht die idealsten Arbeiter, die die Hände ineinander legen

und waren, bis ihnen von der Organisation, der sie nicht angehören, gelegentlich Vorteile in den Schoß geworfen werden. Das sind nicht die Idealisten, die das sagen, sie wollten von dem rauhen Wirklichkeitsleben nichts wissen, sondern das sind die Idealisten, die den Kampf wagen, damit auch alle anderen, die Nachbarn, die Standesgenossen gehoben werden, damit auch sie aufrecht und gerade, frei und geachtet durchs Leben gehen können.

Es sieht sich vielfach, besonders in den gebildeten und gelehrenden Ständen und Körperschaften so an, als ob der „arbeitwillige“, der „vaterländische“, der „gelbe“ Arbeiter idealer sei, weil er weniger Kraft und Stärke daran sehen will, für seine wirtschaftlichen Interessen zu kämpfen, weil er eher davon träumt, daß ihm die Dinge von selbst zufallen, weil er „friedsamer“ ist. Die „braven“ Kinder sind noch lange nicht immer die wirklich besten und ich fürchte, es gibt viel eher Faulheit, Neugierde und Egoismus, ganz kleiner Spießbürgeregoismus dahinter. So besiegt die Gewerkschaftsbewegung Bildungswert und Charakterwert. Drittens aber auch

### Familienwert.

Wir klagen heute mit Recht darüber, daß die Eltern und Kinder gemeinsamen Interessen auf nur kleinere Flächen beschränkt werden, d. h. daß die Eltern von heute und die Kinder, die jetzt herangewachsen sind, nicht mehr soviel gemeinsam zu besprechen, gemeinsam zu überlegen haben, wie früher. Diese Flächen, auf denen sich Eltern und Kinder heute treffen, sind schmäler geworden, weil die junge Generation nicht unter den Bedingungen groß wurde, unter denen die Alten aufgewachsen sind. Da schafft die Gewerkschaftsbewegung in einer Familie einen ungeahnt weiten neuen Boden gemeinsamer Interessen. Jetzt sehe ich den Vater, der seinen siebzehnjährigen Sohn nicht nur erzieht in seiner sonstigen Weltanschauung, er erzieht ihn auch zum gewerkschaftlichen Gedanken und sagt ihm nach der Versammlung, was der Vorsitzende Ihnen soeben gesagt hat. Er erzählt ihm wie es in früheren Zeiten war, erzählt ihm von den Opfern, die Sie gebracht haben, um diese Gewerkschaft groß zu ziehen.

Ich frage: Ist das kein Erziehungswert, wenn ich der anwachsenden Jugend solche Dinge erzähle. So lernt sie eine Welt kennen, die mehr ist als bloßer Biertrinken, als bloßer Sport oder bloßes Herumlaufen, die Welt, die Kraft und Opfer fordert, Kampf und Rücksicht, klare Augen und reine Herzen, Tugend und Gleich, Ernst und Energie, bleibere, ideale Energie. Und von dem Gewerkschaftsgebäuden spricht nicht nur der Sohn, auch die Mutter kümmert sich darum, ob ihr anwachsender Sohn empfänglich ist für die soziale Frage und Energie. Die Mutter wird es nun aus zweitem Grunde nicht ansehen können, daß der Sohn ihr sich dahinlebt und vielleicht auf schlechte Wege gerät. Die Mutter hat selbst ein großes Interesse daran, in unserer Bewegung den großen Befreiungskampf mitzukämpfen. Sehen Sie, ist das nicht für die Familie eine wichtige Kraft, lebendig zu bleiben und weite Interessen zu werden. Das Familienleben hat in den Kreisen, die gewerkschaftlich denken, mehr Möglichkeit, lebendig zu sein, als in den Kreisen, die von alten wissen wollen und nur spießbürgersch und stupidephantastischen Ideen leben.

Es gibt ja leider auch eine Gemütslichkeit, die darin besteht, daß man sich alles vom Halse hält, aber das ist nicht die große Zufriedenheit eines Menschen, der aufwärts strebt. Das führt in den Tiefen und in den Sumpf hinein. Daraus wachsen keine hohen Menschen heraus. Vor einer solchen Verpielerung muß sich der Arbeiterstand verwahren. Er muß gewerkschaftlich tätig sein. Das heißt den Sumpf auf, das gibt lebendiges Quellwasser in unseren Familien, in dem Wasser tummeln sich das Kind und wächst stark in das künftige Ideal seines Lebens hinein.

Soweit die Persönlichkeitswerte, die die Gewerkschaftsbewegung gibt.

(Schluß folgt.)

### Sozialreform und ihre Gegner.

Gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter und gegen die weitgehende Sozialreform haben die meisten Vertreter der Großindustrie sich von jeher gewehrt. Höhere Gesichtspunkte, nationale und volkswirtschaftliche Gründe, bestimmten Regierungen und Parlamente, der Arbeitnehmer eine gewisse gesetzliche Gleichberechtigung einzuräumen, sowie soziale Reformen durch die Versicherungsgesetze und Arbeitsschutzbestimmungen in die Wege zu leiten. Von einer wirklichen Gleichberechtigung der Arbeiter von ihrer politischen und sozialen Position her, von einem konstitutionellen Fabrikystem kann aber heute noch nicht die Rede sein. Durch die Gesetzgebung des Jahres 1869 wurden zwar die Koalitionsverbote für die gewerkschaftlichen Arbeiter aufgehoben und ein Konstitutionsrecht geschaffen, das ihnen eine ver-

grenzte Bewegungsfreiheit gab und die Selbsthilfe ermöglichte.

Aber dieses Koalitionsrecht besteht vielfach nur in der Theorie. Der freie Gebrauch desselben ist mit vielen Schranken verhindert. Diese Schranken sind aufgestellt u. a. im Strafgesetzbuch und durch die Strafbestimmungen der Gewerbeordnung. Der § 153 der Gewerbeordnung verbietet mit einem gewissen Nachdruck den Koalitionszwang, nach seiner Auslegung und Anwendung aber nur den Arbeitern. Das Einsichtsvollieren ist durch diesen § 153 gesetzlich geschützt, nicht aber das Einschalten. Es fehlt an einer Strafbestimmung für jene, die den Arbeiter, gleich welcher Art, in welchen Mitteln, an der Koalition, an dem Betriebe und der Beteiligung bei der Arbeiterorganisation hindern. Den Unternehmern läßt man ungemein schwere Bitten, Reversse, Arbeitnehmerverboten nach weise und gewisse Wohlfartsvereinbarungen gegen einzelne Arbeiter und gegen die Arbeiterorganisationen in Anwendung bringen. Arbeiter, welche den Betrieb oder Rücktritt von einer Organisation erzwingen wollen, verfallen aber dem Gesetz. Diese

### Ungleichheit vor dem Gesetz.

und bei der heutigen geltenden Rechtsprechung zu bestätigen, ist dringend erforderlich. Das wurde auch regierungsetztig anerkannt.

In der Sitzung des Reichstags vom 20. April 1907 hat der Staatssekretär des Reichsjustizamts zugegeben, daß die Rechtsprechung, auf dem Gebiete der Expression und des Koalitionsrechts zu manchen Ergebnissen geführt habe, die in ihren Konsequenzen berechtigte Zweifel erwecken könnten, und daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht so klar und fest abgegrenzt seien, wie es gerade für diese Materie geboten erscheine.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese zwar recht vorsichtige und diplomatische Neuerung mit Veranlassung zum nunmehrigen Rücktritte des Staatssekretärs von Niebergang geführt hat. Feder Staatsmann, der seine Geneigtheit zu erkennen gab, den Wünschen der Arbeiter auf Erweiterung oder Sicherung gewisser Rechte entgegenzukommen, ist bisher von den Industriellen befürwortet worden. Mancher hohe Staatsbeamte hat seinen nach dieser Richtung hin betätigten Wagemut mit dem Verdurst seines Amtes bestrafen müssen. Es sei mir erinnert an die Herren von Rottenburg, Minister von Berlepsch, an den Grafen Posadowsky. Die Scharfmacher haben sich offen gerühmt, den Sturz dieser Männer herbeigeführt zu haben. — Der

### Einfluß der Großindustriellen

und der mit ihnen verbündeten Kreise im volkswirtschaftlichen und öffentlichen Leben ist auch heute noch groß, größer vielleicht als je zuvor. Die Industriellen haben Berufs- und Zentralverbände gegründet und so ihre Macht noch weiter gesteigert. Der Verband deutscher Arbeitgeberverbände und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände vereinigen in sich 38 644 Mitglieder, bei denen 2 438 142 Arbeiter beschäftigt sind. Diese Verbände haben sich von Anfang an die Streitbekämpfung zur Aufgabe gesetzt, oder mit anderen Worten: die Arbeiterbewegung und die Ausübung des Koalitionsrechts illogisch zu machen. Inzwischen ist ihr sozialpolitisches Programm erweitert worden: „Die immer verhängnisvoller sich gestaltende Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung bot einen vollaus begründeten Anlaß dazu, heißt es in einer Veröffentlichung der Unternehmerverbände Ende 1908. Dieses „erweiterte Programm“ ist im Grunde nichts anderes als eine Neuordnung feindseliger Stimmen gegen die Weiterführung der Sozialreform. Es heißt da:

Gegen die Vereinheitlichung der Arbeitervertretung ist Protest einzulegen; die paritätischen Arbeitskammern sind zu verwerfen; Tarifverträge sind für die Entwicklung der Industrie im allgemeinen verderblich, das System der paritätischen und öffentlichen Arbeitsnachweise ist zu verwiesen.“

Um nachdrücklichsten wird jenen Gesetzesbestimmungen entgegentreten, die geeignet sind, das Konstitutionelle Fabriktum allmählich herbeizuführen und den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei Regelung des Arbeitsverhältnisses einzuräumen. So werden denn auch die Beschlüsse der Gewerbeordnungskommission von 1909 hinsichtlich der Arbeiterausübung und das Arbeitskammergesetz in der Fassung der Kommission durch den Bund der Industriellen entschieden abgelehnt. In einer Fassung dieses großen Unternehmerverbandes heißt es:

„Von den Kommissionsbeschlüssen zur Änderung der Gewerbeordnung ist für die Industrie in erster Reihe die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen bedrohlich, die über innere Betriebsangelegenheiten tatsächlich gehört werden müssen. Dadurch wird die notwendige Verfügungsfreiheit des Unternehmers eingeengt und einer gefährlichen, durch regelmäßig wiederkehrende Wahlen geführten Agitation innerhalb der Betriebe werden die Wege geebnet. So natürlich sich in vielen Fällen freiwillige Arbeiterausschüsse namentlich in größeren Betrieben zur Errichtung eines guten Unternehmens zwischen Betriebsleitung und Arbeitern zu erweisen haben, so gefährlich und unannehmbar erscheint der deutschen Industrie die zwangsläufige Einführung derartiger Ausschüsse.“

Überzeugung auf das Arbeitskammergesetz erklärte der Bund der Industriellen ihm insbesondere

gegen die Wahlbarkeit der Gewerkschaftsbeamten und Arbeiterssekretäre. Dieser Beschluß der Reichstagskommission sei ein gefährlicher. Sodann wird noch gesagt:

„Mit schwerer Sorge hat die Industrie seit geraumer Zeit erfahren müssen, daß sozialpolitische Regierungsverlagen zum Nachteil der Industrie durch Reichstagsbeschlüsse in einer Weise verändert worden sind, die im Entwurf vielleicht eben noch eingehaltene Maß der Ertragsförderung überflügt und auf die Lebensbedürfnisse der Industrie die gebotene Milacht nicht mehr nahm. Die Erscheinung in der deutschen Gesetzgebung ist für die deutsche Industrie um so gefährlicher, als sie in einer Zeit fällt, wo beständig steigende Unkosten eine erneut außerordentlich zunehmende Steuerlast, Rückgang der Kaufmacht im Innern und Erschwerung des ausländischen Absatzes durch Bollmahrregeln des Auslandes die Wettbewerbsfähigkeit und den Ertrag zahlreicher Betriebe vermindern oder vernichten.“

Es werden da also von den Unternehmern alle verfügbaren Register gezogen, alle Pfeifen zum Heulen gebracht, um der Regierung und dem Reichstag grauslich zu machen.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun fürzlich einen weiteren Vorstoß gegen die Sozialreform unternommen. Es sollen mehr „Gassenfabrikanten“ in den Reichstag gebracht und dadurch die Sozialgesetzgebung aufgehalten werden. Zu diesem Zwecke schlug der Generalissimus aller Scharfmacher, Dr. Alex Zille, die Schaffung einer Arbeitgeberpartei vor (Juni 1908). In einer im November 1908 veröffentlichten Schrift von Karl Schmid, Syndikus des Verbandes bayerischer Metallindustrieller, wurde dieser Plan abgelehnt und vorgeschlagen, die Arbeitgeberverbände auszubauen, die dann mehr wie bisher an die Öffentlichkeit treten sollten. Für die Arbeiterbewegung sollte eine von den Unternehmernverbänden unterhaltene billige gesetzliche Fachpresse geschaffen werden. Die nationalliberalen Parteileitung der Provinz Brandenburg lud in einem im Oktober 1908 veröffentlichten Bittular zur Diskussion über einen Industrieverband innerhalb der nationalliberalen Partei ein. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1909 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung eine wichtige höhere Vertretung herzustellen und dies im Reichstag zu schaffen. Es soll ein

### industrieller Wahlkonds

geschaffen werden, aus dem die industriefreundlichen Kandidaten (Abgeordneten) unterstützt werden. Der Gesamtvorstand des Bundes der Industriellen hat diesen Vorschlag abgelehnt. Der inzwischen gegründete, angeblich bereits auf 220 000 Mitglieder angewachsene Handstand soll die vorerwähnte Aufgabe übernehmen.

Das wird zweifellos geschehen. Industrieverbände, Hansabund, Gelb und Presse wird also nunmehr gegen die Fortführung der Sozialreform Front machen. Vielleicht sind gewisse Meldungen von Tagesblättern über das Unterbleiben jeder sozialpolitischen Aktion der Regierung während der kommenden Reichstagsession von dieser Seite aus inspiriert! An die Richtigkeit dieser Meldungen können wir nicht glauben. Im Reichstag ist eine Majorität für Sozialpolitik vorhanden. Darauf hat Abg. Dr. Noumann in der Sitzung vom 11. Mai 1907 schon hingewiesen; das haben die von den Industriellen angefeindeten verabschiedeten Gesetze und die neueren Kommissionsbeschlüsse gezeigt. Es liegt also beim Bundestag und beim Reichskanzler, ob der Ingolstadt laufende sozialpolitische Wagen mit Rücksicht auf das Treiben und das Verlangen der Industriellen nun ganzlich zum Stillstand kommen soll. Das wäre kein guter Anfang der Amisätigkeit des neuen Herrn Reichskanzlers. Herr von Bethmann-Hollweg hat noch als Staatssekretär auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress, Oktober 1907, erklärt: Die Einordnung der Arbeiterbewegung in die heutige Gesellschaft halte ich für die größte Aufgabe unserer Zeit. Der Herr Reichskanzler kann die Erfüllung dieser Aufgabe wesentlich fördern durch Vorlage und Vertretung geeigneter Sozialgesetze. Mit dem Hinweis auf die radikale Sozialdemokratie, deren gesellschafts- und staatsfeindliche Tendenz, soll die Sozialreform nicht eingestellt werden. Wir möchten da an die Worte erinnern, die Herr von Bethmann-Hollweg am 2. Dezember 1907 im Reichstag, nachdem er sich gegen die Sozialdemokratie gewandt hatte, gesprochen hat:

„Der deutsche Arbeiter wird auf die Dauer trocken die Ideale ihres Zukunftsstaates diese Verkümmern nicht ertragen. Ich sehe einen Beweis dafür in dem Unwohlsein der Arbeiterbewegung auf christlicher und nationaler Grundlage. Ich habe das Vertrauen, daß sich eine Arbeiterbewegung daraus entwickeln wird, die den Willen und den Entschluß hat, verantwortlich mitzuwirken an der Gestaltung unseres staatlichen Lebens; in diesem Willen und in diesem Entschluß, das lehrt uns die ganze Geschichte, wird zugleich ein starker und starkes Mittel gegen die Übertreibung und Überspannung einsitziger Forderungen liegen. Dazu kommen Kräfte, die im deutschen Volke nicht erscheinen, die Rechnung zu tragen, das wird meine Aufgabe sein.“

Will der Herr Reichskanzler diesen seinen Worten Rechnung tragen und auch die Hoffnungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft erfüllen, so darf er nicht zugeben, daß in der Sozialreform nun ein Stillstand eintrete.

## Zur Arbeitsnachweisfrage.

Das in diesen Jahren in ganz besonderem Masse in die Erziehung und Streben der Arbeitgeber, durch Gründung einseitiger Arbeitsnachweise diese völlig in ihre Hand zu bekommen, um sie so als Kampfmittel gegen die Arbeitnehmer auszunützen, hat seinen Höhepunkt gefunden in dem vor kurzem veröffentlichten Plan des Zechenverbandes im Ruhrrevier, den Arbeitsnachweise vollständig in seinem Schafe zu monopolisieren. Diese einseitigen Arbeitsnachweise können sich auf die Dauer zu einer großen sozialen Krise erweitern, sofern sie nicht nur faktisch die Koalitionsfreiheit sowie die Freiheit des Arbeitsvertrags beschränken, sondern auch den Arbeiter hinsichtlich seiner Beschäftigung völlig der Willkür des Arbeitsnachweises ausliefern, und wo die schwarzen Listen versagen, die Rolle dieser übernehmen. So sehr auch immerhin die von den Gemeinden eingerichteten bezw. unterstützten Arbeitsnachweisanstalten ein Gegengewicht gegen die einseitigen Arbeitsnachweise der Interessengesellschaften bilden mögen, so können sie doch nicht im wünschenswerten Maße gegen die Arbeitsnachweise der mit großen Mitteln ausgestatteten Verbände aufkommen.

Unter diesem Gesichtspunkt erheben jetzt sozialpolitisch erfahrene und sachverständige Kreise die Forderung, daß der Staat durch die Aufstellung allgemein verbindlicher Normen für die Errichtung und Handhabung der Arbeitsvermittlung regelnd und schlichtend eingreift. In diesem Sinne verlangt z. B. in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 5) soeben der Beigeordnete der Stadt Straßburg i. Els., Regierungsrat Dominikus, ein Reichsgesetz für den Arbeitsnachweis. Durch dasselbe sollte ein Zwang zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise in allen größeren Gemeinden ausgesprochen und damit die allmäßliche Abschaffung sowohl der gewerbsmäßigen als der Interessentenarbeitsnachweise verbunden werden.

Zur Unterstützung seines Vorschlags verweist Dominikus darauf, daß Deutschland in letzter Zeit auf dem Gebiete der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises kaum etwas vorwärts gekommen sei, dagegen habe das Ausland sich in ausreichendem Maße die Prinzipien, die eben für die Organisation und Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland in gemeinsamer Arbeit von Theorie und Praxis in den letzten 15 Jahren ausgearbeitet worden sind, zunutze gemacht. Unter den angeführten Staaten: Schweiz, Ungarn, Frankreich hebt Dominikus vornehmlich England hervor. Hier hat der englische Handelsminister Winston Churchill am 19. Mai 1909 ein Gesetz über Arbeitsnachweis angekündigt, das inzwischen bereits einstimmig von beiden Häusern des Parlaments genehmigt und publiziert worden ist. Durch dieses Gesetz wird der Arbeitsnachweis als rein staatliche Organisation für ganz Großbritannien mit einem Schlag geschaffen. Es sollen über 200 staatliche Arbeitsnachweistellen eröffnet werden. Zu dem Zweck ist ein Kredit von 2 bis 3 Millionen Mark für die nächsten Jahre bewilligt.

Charakteristisch ist die Begründung, die der Minister Churchill diesem Gesetz gegeben hat. Er weist darin hin auf die Entwicklung, die die deutschen öffentlichen Arbeitsnachweise genommen haben, und stellt sie als das Muster hin, aber gleichzeitig erklärt er mit berechtigtem Erfreie, daß sein System der einheitlichen staatlichen Organisation des Arbeitsnachweises das deutsche Vorbild überflügeln wird. In diesem Sinne ist denn auch die englische Regierung bereits mit Erfreie an die Ausführung dieses Gesetzes herangegangen.

Zumgegenüber bezeichnetet es Dominikus als betrübend, daß wir Deutschen es bisher noch nicht fertig gebracht hätten, aus der Masse der auf geringer Grundlage geschaffenen einzelnen öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland ein einheitliches nationales System der Arbeitsvermittlung zu vollenden. Eine derartige Entwicklung müsse wirklich als sehr bedauerlich erscheinen, zumal nach seiner Überzeugung es für das Deutsche Reich, in dessen Gebiet eine solche Masse von Vorarbeiten in der Organisation von Arbeitsnachweisen geleistet worden sei, ein Leichtes sein würde, durch Reichsgesetz eine einheitliche Organisation von öffentlichen Arbeitsnachweisen zu schaffen. Dabei möge man sich ruhig zunächst darauf beschränken, die vorhandenen öffentlichen Arbeitsnachweise unter Hinzufügung von verhältnismäßig wenigen neu zu gründenden einheitlich zusammenzufassen und die gewerbsmäßige Stellenvermittlung allmählich zu beseitigen.

Die Kosten für eine solche reichsgesetzliche Organisation würden sich auf das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden verteilen und auf diese Weise das Reich lange nicht so belasten, wie das in England der Fall sei, das nach seinem System zunächst einmal von der Heranziehung der Gemeinden zu den Kosten der Arbeitsvermittlung völlig abschneide.

Sollte jedoch das Reich sich zu dem Ertrag eines solchen Gesetzes in absehbarer Zeit nicht entschließen können, so wäre es nach Dominikus an der Zeit, daß die großen norddeutschen Bundesstaaten sich nach dem Muster der süddeutschen Staaten energisch der Sache der öffentlichen Arbeitsnachweise annähmen. In Preußen würde es zu diesem Zwecke vielleicht gar

keines Gesetzes bedürfen, sondern es würde genügen, wie das in den süddeutschen Staaten geschehen, daß der Staat Preußen in einem Budget eine Summe von vielleicht 400 000 Mark einzahlen würde, mit der Bestimmung, sie als Subventionen an die öffentlichen Arbeitsnachweise nach einheitlichen Gesichtspunkten, speziell für den interlokalen Verkehr, zu verteilen. Wenn man versuche, wie in den letzten zehn Jahren das preußische Handelsministerium durch diese Politik der staatlichen Subventionen nach einheitlichen Gesichtspunkten es verstanden habe, die früher so vollständig barniederliegenden Fortbildungsschulen auch ohne Landesgesetz zu einer erstaunlichen Entwicklung zu bringen, so verstehe man nicht, warum dasselbe Ministerium nicht auch auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises dieselbe Politik eingeschlagen habe.

Vielleicht findet sich während der parlamentarischen Verhandlungen im Reichstag bezw. im Preußischen Landtag im Laufe des Winters Gelegenheit, die Meinung der Regierungskreise über die Frage einer Regelung des Arbeitsnachweiswesens in dem oben angedeuteten Sinne zu erfahren. Jedenfalls handelt es sich hier um eine Angelegenheit, der auf die Dauer die Regierungskreise im Hinblick auf die nur zu leicht eintretenden schweren Nachteile für den sozialen Frieden nicht teilnahmslos gegenüberstehen dürfen.

## Arbeiterschädigende sozialdemokratische Praktiken.

Der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband hat in Hanau eine Bewegung geführt, für die Gold- und Silberarbeiter. „Berühmt“ wurde diese an und für sich still verlaufene Bewegung durch die „Schlagfertigkeit“ des Bezirksleiters Chrler, der als Vorstandesmitglied Körner vom christlichen Metallarbeiterverband, am 31. Oktober in einer Versammlung im Gymnasium Gesichtschlag. Das sind „Beweise“ sozialdemokratischer Bezirksleiter für die Haltung ihres Metallarbeiterverbandes.

Nicht immer ist Herr Chrler so „mutig“, nur wenn es ohne Gefahr gegen anständige christliche Arbeitet geht.

Als Herr Chrler in St. Ingbert am 9. Mai ds. J. in Fortsetzung einer Versammlung vom 28. März des sozialdemokratischen Metallarbeiterverband verteidigen sollte, kniff er und überließ die Verteidigung den Mitgliedern am Ort, die in einer warnenden Flugblattes in die Versammlung gekommen waren. In dieser von 1000 Personen besuchten Versammlung gab es für Chrler keine Gelegenheit, „schlagende“ Beweise vorzubringen. Seine alltäglichen Nebensarten mochten am 28. März keinen Eindruck auf die Versammlten.

Neher die Bewegung in Hanau macht Chrler viel Aufhebens und die Genossen brüsten sich, die christlichen von gemeinsamer Arbeit hier ausschließlich zu haben. Der rote Metallarbeiterverband macht sieber seine Heldenstücke, ohne die verhaschten Christlichen in die Karten schauen zu lassen. Diese Auszahlungspolitik sucht man dann zu begründen mit der versteinernden Behauptung: Die Christlichen sind „Unternehmerfreunde“. Allerdings zieht diese Blüte selbst bei den sozialdemokratischen Arbeitern nicht mehr.

So wurde auch 1906 in Oberstein für die Edelmetallarbeiter eine Bewegung eingeleitet. Das Gesetz war bei den Genossen vom Metallarbeiterverband sehr knapp. Um nun von vornherein die bösen Christen nicht klarsehen zu lassen und die beteiligten freien Gewerkschaften gegen ihre christlichen Arbeitsbrüder aufzuhetzen, führte der Volksbeamte vom deutschen Metallarbeiterverband in der sozialdemokratischen Saarwacht 13. 10. 1906 folgende geschmackvollen Zeilen:

„Doch auch die Skotausscheidung, wie sie jede Bewegung nun einmal mit sich bringt, die drei Tausend irregelmäßigen Schwindeloper.“

Hätten sich eingefunden. Der sozialdemokratische Beamte wies ein gemeinsames Vorgehen höhnisch ab. Darum traten die christlichen Metallarbeiter ca. 100, durch ihre Kommission selbständig an die Arbeitgeber heran und mußten bei der Verhandlung erfahren, daß der deutsche Metallarbeiterverband ebenfalls zu Kreuze gekrochen sei und für sie genommen habe mit 5% Lohnhöhung, die den Arbeitern „welche eine solche verdienten“ verprochen wurden. Die „Saarwacht“ schrieb am 23. Oktober 1906, „unter keinen Umständen diese Betteluppen anzunehmen.“

Der Bezirksleiter Chrler, der in Gmünd so „starr“ war, konnte infolge des sironischen Falles im Metallarbeiterverband den Unternehmern in Oberstein nicht beikommen. Darum verlegte er sich aufs Betteln und erließ in den Zeitungen von Oberstein am 26. Oktober 1906 einen Sammelbrief worin es hieß:

„Wenn die Herren Arbeitgeber auch erklären, wie von uns gewünschte Lohnhöhung von 15 Proz. für alle Arbeiter nicht bewilligen zu können, so glauben wir doch, daran eine friedliche Einigung nicht weiter laufen zu dürfen. — — — Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Herren Arbeitgeber bei der Feststellung der zugelassenen Lohnhöhung von mindestens 5 Prozent an alle Arbeiter, welche eine solche verdie-

nen, nicht Gunst oder Mängel, sondern die Bedürfnissefrage entscheiden lassen.“

Unterzeichnet war diese „Gedenks-Deklaration“: „Deutscher Metallarbeiterverband.“

Für die Bezirksleitung: „Karl Chrler.“

Für die Ortsverwaltung: „David Führer.“

Ein Jahr später sperrten die Unternehmer in Oberstein die Arbeiter  $\frac{1}{4}$  Jahr lang aus. Dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband kostete die Bewegung mehr als 300 000 Mark und sie endete mit einer jahrmaligen Niederlage. Nunher müssen die armen betroffenen, irregelmäßigen Opfer der sozialdemokratischen Schwundestrategie der und wehmütig um Arbeit betteln, ehe sie wieder eingestellt wurden. Heute noch gibt es Arbeitslose aus dieser Bewegung.

Es ist wirklich nicht erfreulich für uns, solche Niederlagen der sozialdemokratischen Arbeiter auszutragen zu müssen. Die infernalische Wit gegen alles, was durch die christlichen Arbeiter unternommen wurde, zwingt uns aber dazu. Schon um der Arbeitbewegung keine Schande zu bereiten, sollten die Genossen es vermeiden, durch Lügen und Schwund ein Übel zu verbreiten über Streiks und Lohnbewegungen, wie es im „Falle Engel“ über Badisch Rheinfelden geschehen ist. Damit aber noch nicht genug. Im Verlaufe der Bewegung in Hanau nur schlägt der Bezirksleiter Chrler sogar einen christlichen Arbeiter in öffentlicher Versammlung ins Gesicht. Die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung nennt diese Versammlung „eine weitere interessante Episode.“ Damit haben wir schriftlich den Beweis, daß der Faustkampf bei den Sozialdemokraten ohne Kritik der höheren Instanzen durch die Bezirksleiter angeordnete werden darf, wenn es gegen die Christlichen geht.

Kollegen allerorts im Deutschen Vaterlande, sorgt dafür, daß Eure Arbeitbrüder über solche Brutalitäten aufgeklärt werden, denn dem Ansehen des deutschen Arbeiters stand durch einen solchen Kampf unberechnbarer Schaden zugesetzt.

Berantwortlich hierfür ist das System der Sozialdemokratie, welche alles niedertreten will, was ihr hinderlich ist auf ihrem Wege zur Macht. Darum ist ein jeder christlicher Arbeiter seine Pflicht in der Agitation, denn nur durch Gewinnung neuer Massen christlicher Berufskollegen können wir dem unwürdigen Treiben der Sozialdemokraten Einhalt gebieten. Darum an die Arbeit — neue Kämpfer geworben! Hoch unsere Ideale und der christliche Metallarbeiterverband!

W. D.

## Zur Lage der Zechenmetallarbeiter

wird uns von einem Kollegen geschrieben.

In verschiedenen Nummern unseres Verbandsorgans wurde die Lage der Zechenmetallarbeiter schon besprochen. Der Schreiber in Nr. 33 unseres Organs muß wohl seine Lohnaufstellung in einem besonders guten Bezug gemacht haben, wenn er schreibt, daß z. B. Löhne von 4—4,30 Mark verdient worden seien. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß in einer Zeit, welche man doch sicher als eine gute bezeichnen darf, nämlich die Jahre 1906—07 von verschiedenen Grubengesellschaften Löhne von 3,50 bis 3,80 gezahlt wurden, und zwar an tüchtige Schlosser und Dreher, wie auch an Maschinisten. Da für stand, wie auch schon in anderen Nummern angeführt wurde, das Lohnschichtenwesen in höchster Blüte, 40—45 Schichten im Monat waren keine Seltenheiten, kam einer zu seinen Borgeleuten und bat um Lohnzulage, so wurde er auf Lohnschichtenmachen angewiesen; ja man scheute sich nicht, den Handwerkern anzubieten, sie sollen Nächte und Sonntags in den Magazinen Kohlen verladen. Leider fanden sich solche Ausarbeiter, die sich dazu hergaben.

Als einige Schlosser, Schmiede und Maschinisten sich endlich durch das Beispiel eines christlich organisierten Kollegen ermannen und den Betriebsführer dringend um Lohnhöhung ersuchen, bot er den Leuten, es ist kaum glaublich, eine Zulage von fünf Pfennig pro Tag an. Die Kollegen erreichten jedoch eine solche von 10 Pfennig pro Tag und die Versprechung, es käme auch auf eine Lohnschicht mehr wie bisher nicht an! Der christlich organisierte Kollege war mit dem Aufschlag nicht zufrieden. Als er deswegen fortwollte, gab man ihm 20 Pfennig pro Tag mehr, aber unter der Bedingung, daß er den andern nichts davon sage. Auch diese großartige Zulage konnte unser Kollegen nicht umstimmen, so bot man ihm noch weitere 10 Pfennig pro Tag an. Er ließ sich aber trotzdem nicht halten. Auf Befragen erklärte er, daß er das Nebenarbeiten satt habe. Wenn man in einem Monat schon 48½ Schicht gearbeitet hätte, so sei das für die Dauer nicht zum Verhalten.

Die Betriebsleitung gab ihm darauf die verdeckte Antwort, daß die andern Arbeiter förmlich um Nebenarbeit bitten. Wegen seiner Zugehörigkeit zum christlichen Verband würde ihm niemand Schmiergeld machen, denn zum Maitieren hätte er auf der Seite doch keine Zeit. Seine Kollegen seien aber froh, wenn sie läufen könnten. Zum Lesen hätten sie nach der Arbeit sicher keine Lust mehr; höchstens würden

ste noch Schnaps oder Bier trinken, das würde ihnen auch besser bekommen als Verbandssekretär?

So, ihr Bechenmetallarbeiter, werbet ihr bewertet. Der rechte Fangball in den Händen der Vorgesetzten. Erklärte doch ein Beamter bei Gelegenheit, daß Neber-schichtemachen habe zweiterlei Zweck und zwar: erstens brauche man keinen hohen Lohn zahlen, und zweitens halte man die Arbeiter der Organisation fern, es sei genug, daß die Bergarbeiter aufgehebelt (!) werden.

Die Behandlung auf den Bechen läßt auch viel zu wünschen übrig. Für das geringste Vergehen treten sofort die Strafparagraphen in Kraft und stillschweigend fügt der Arbeitsschreiber sich. Allerdings, wenn der Beamte fort ist, oder am Dienstisch, da werden große Löne risisiert, aber der Lohntag kommt und dem Arbeiter werden die oft hohen Strafen bei den ohnehin schon färglichen Lohn abgehalten.

Wenn die Tagesarbeiter bei der sogenannten Zeit so ziemlich die letzten waren, welche eine Lohnerschöhung bekamen, so waren sie dennoch die ersten, welche mit einem Abzug bedacht wurden, als die Krise einsetzte. Sie mussten sich das stillschweigend gefallen lassen, weil sie keiner Organisation angehörten. Anders war dieses, als man auch den Bauhandwerkern den Lohn reduzierten wollte. Sie erhoben einstimmig Widerstand gegen Protest und stießen, die Lohnreduzierung unterblieb. Sie waren aber auch zu Zweidritteln organisiert; für diejenigen, welche mit der Ausrede hinsieren gehen, die Organisation sei zwecklos, ein deutlicher Beweis für das Falsche ihrer Behauptungen.

Unterhält man sich mit den Bechenmetallarbeitern über das unwürdige ihrer Lage, dann sehen einige es wohl ein, daß hier nur die Organisation helfen kann, aber die große Masse glaubt, ihr wäre nicht mehr zu helfen. Diese Arbeiter glauben, wenn sie sich der Organisation anschließen, daß man sie sofort missregeln und sie ihrer Gewerkschaftsrechte verlustig gingen. Ihr Bechenmetallarbeiter, auch euch ist zu helfen, wenn ihr euch in Massen dem christlichen Metallarbeiter-Verbande anschließt, welcher es ehrlich mit euch meint: dann wird für euch und eure Familie eine bessere Zukunft anbrechen, dann wird die Zeit kommen, wo ein Betriebsführer sich nicht mehr erlauben wird, zu sagen, er habe lieber einen Pferde-treiber 50 Pfennig zu, als einem Schlosser 10 Pfennig, denn diese jungen Haubenzier und Prozenteischlucker. — Drum auf zur tatkräftigen Mitarbeit im christl. Metallarbeiterverband.

R. G.

## Gewerkschaftliches.

### Ein neuer Eisenbahnerverband in Württemberg.

Der alte württembergische Eisenbahnerverband befand sich schon seit langem in einer unangenehmen Lage. In ihm zeigten sich augenscheinlich alle die Mängel, unter denen alleinstehende Organisationen von Arbeitern oder Unterbeamten zu leiden haben. Schwankende Haltung in grundfachlichen Fragen, vor allem ein außerordentlich günstiger Nährboden für Korruption und Eliquevenesen. Noch nicht lange ist es her, als durch Flugschriften und gerichtsnachrichten dargetan wurde, daß in dem unter Leitung des nunmehr verabschiedenden Herrn Roth stehenden Trierer Eisenbahnerverband eine beispiellose Wirtschaft herrschte. Nicht viel besser liegen alsem Anschein nach die Dinge im Württembergischen Eisenbahnerverband. Ein richtiges Vertrauensverhältnis zwischen Leitung und Mitgliedschaft ist schon seit langem nicht mehr vorhanden. Die Leitung liegt in den Händen des Sekretärs Roth, der es in geradezu vorzüglicher Weise verstanden hat, sich dem Verbande „unentbehrlich“ zu machen, ohne sich selbst dabei zu binden. Herr Roth hat sich einen Anstellungsverband verschafft, der unter anderem bestimmt:

1. Herrn Roth wird die Leitung des Sekretariats des Verbandes vertraglich auf so lange Zeit übertragen, daß nicht in einer ordentlichen Generalversammlung ein ordnungsmäßig eingebrochener Antrag auf Kündigung des Dienstvertrages mit Herrn Roth angenommen wird, bezw. als Herr Roth das Dienstverhältnis nicht seinerseits entsprechend den nachstehenden Bestimmungen löst.

2. Herrn Roth steht es frei, unter Einhaltung einer vierjährigen Kündigungsfrist von seinem Vertrag mit dem Verband zurückzutreten.

3. Wird aus einer ordentlichen Generalversammlung des Verbandes ein ordnungsgemäß gestellter Antrag, daß Dienstverhältnis mit dem Verbandssekretär Roth zu lösen, zum Beschluß erhoben, so bleibt Herr Roth noch bis zur nächsten Generalversammlung als Sekretär im Dienst des Verbandes, wo alsdann die Neuwahl stattfindet.

4. Die vorstehenden Bestimmungen können nur auf einer ordentlichen Generalversammlung durch Mehrheitsbeschuß auf Grund eines ordnungsmäßig gestellten Antrags geändert, nicht aber zu ungünsten des Herrn Roth verschlechtert werden.

Zur Vertrag durfte in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung ganz sicher seines gleichen suchen. Es ist ein Musterbeispiel dafür, wie man sich einen Verband dienstbar macht und dabei selbst tut, zu was man Lust hat.

Der Vertrag alljährlich Generalversammlungen abhält, beträgt die Kündigungsfrist des Verbandes gegenüber Roth ein Jahr, wohingegen er für sich nur eine vierteljährige Kündigungsfrist auszubilden geruht. Daß der leitende Beamte in Jahren also während der Kündigungsfrist einen Verband mehr schädigen kann, als durch zehntägige Arbeit ~~zu tun~~ mögen ist, darf wohl Herr Roth kaum gesehen, entstehen, aber nun diejenigen, die sich mit diesem Vertrag einzuladen lieben. Neben diesem „jamojen“ Anstellungsvertrag hat sich Roth einen sogenannten Zeitungsvertrag vereinbart gemacht, nach dem er Eigentümer des Verbandsorgans ist, der Verband aber die Veröffentlichungen geprägt.

zu tragen hat, die Inserationsgebühren dagegen in die Tasche des Herrn Roth fließen. Ferner bestimmt dieser Mustervertrag, daß „der Verband während der ganzen Dauer seines Bestehens den „Schwäb. Eisenbahner“ als sein ausschließlich Organ auserkennt“. Das vierseitige Verbandsorgan ist, wie ich jeder überzeugen kann, auf das deutlich schlechteste redigiert und zur Hälfte mit Inseraten gefüllt, so daß Herr Roth, der neben den Einnahmen aus Inseraten monatlich 200 Mark Gehalt bezahlt, für die von ihm geleistete Arbeit wohl als der bestbezahlte Gewerkschaftsbeamte in Deutschland hält.

Mit der Verwaltung des Verbandes muß es sehr traurig bestellt sein.

Roth wird beschuldigt, mehrmals die Entgelte des Verbandes an den württembergischen Landtag verbummelt zu haben, was auch zu verstehen ist, wenn man berücksichtigt, daß Roth zu gleicher Zeit Vorher und Nachbar einer Tageszeitung ist und nebenbei eine Korrespondenz für eine größere Anzahl württembergischer Tagesblätter herausgibt. Das Vertrauen weiter Mitglieder geht zur Verwaltung wabend charakterisiert, daß aus Verbandskreisen der Staatsanwalt zur Beschlagnahme der Kassenbücher aufgesetzt wurde.

Der daraufhin bestellte vereidigte Bücherrevisor stellte fest, daß bewiesenermaßen seit 1906 falsche Kassenabschlüsse vorliegen und die Buchführung unordentlich und verschleiert war. Ferner ermittelte der vereidigte Bücherrevisor, daß für die leute württembergische Landtagswahl, bei der Herr Roth für die Börsenpartei kandidierte, allein 267,67 Mark Porto und Verbandsmittel verhöhnt wurden.

Endlich wird die Verbandsverwaltung dadurch in ein seltsames Licht gerückt, daß sie, als der vereidigte Bücherrevisor sich an seine Arbeit heranmachte, an die Obmannschaften ein Kundschreiben erhielt, wonach diese in „Völde ein Verzeichnis der vom 1. Januar 1906 bis 15. Juli 1909 an Verband und Bank gemachte Zahlungen . . . an das Verbandssekretariat einsenden.“ sollten. Wie muß es da in den Büchern ausgesehen haben, wenn zur Beschaffung von Klarheit seitens der Obmannschaften für den verhältnismäßig langen Zeitraum von dreieinhalb Jahren die Angaben über gemachte Zahlungen notwendig würden. Endlich hat Roth noch auf den Namen des Verbandes größere Anleihen aufgenommen und sie für Nichtverbaudszwecke verwendet ohne jedoch dem Verbandsvorstande davon Mitteilung zu machen.

Als alle diese Dinge ans Licht kamen, war der Stach unvermeidlich. Umsomehr, als Roth durch allerhand Windelei die Streitfragen zu verschicken suchte und mit brutalen Gewaltmitteln gegen die von ehrlichen Absichten geleitete Opposition vorging. Als das Erfuchen auf Einberufung einer unverantwortlichen Generalversammlung von vielen stark besuchten Eisenbahnerversammlungen gestellt wurde, lehnte der mitschuldige Vorstand dies unter Hinweis auf die Kostenfrage ab. Mitte Oktober brachte es Roth in einer schwach befürchteten Vorlesung fertig, die Führer der Opposition aus dem Verbande auszuspielen, trotzdem er sie über einen großen Aufhang verfügte. Das schlug dem Haß den Boden aus. Am 31. Oktober fand eine Eisenbahner-Landeskonferenz in Stuttgart statt, die die Gründung eines neuen Verbandes beschloß. Dieser zählte nach vierzehntägigem Bestehen schon rund 2000 Mitglieder, ein Zeichen, daß die Neugründung auf eine künstliche Opposition zurückzuführen ist. Der neue Verband führt den Titel: „Verband Württembergischer Unterbeamten, Handwerker und Arbeiter“ und hat sich dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Es gibt vierzehntägig „Das Flügelrad“, Zentralorgan für das württembergische Eisenbahnpersonal heraus. Wir wünschen dem jüngsten Bruderverband eine recht gute Entwicklung.

## Was im Rußland möglich ist.

Bei dem Leiter der Gewerkschaft christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen im Königreich Polen, Hugo Neumann in Łódź, drangen in der Nacht vom 8. auf den 9. September ein Polizeikommissar und fünf Polizisten in die Wohnung ein und nahmen dort eine (eine volle Stunde währende) Revision vor. Obwohl nichts gefunden wurde, erklärte man doch den Neumann für verhaftet und ließerte ihn erst im Polizeiarrest und später im Gefängnis für politische Verbrecher ab. Beim Verhör vor dem Generalmeister-Kommandanten wurde ihm erklärt, daß man ihn beschuldige, er wolle durch einen Generalstreik die russische Industrie ruinieren, damit die deutschen Großindustriellen ihre Waren nach Russland absezzen können; dies sei ein politisches Verbrechen, und wenn es Russie wäre, würde er den Strick um den Hals kriegen.

Neumann verteidigte sich gegen diese Anklage in einer Eingabe an den Führer der Administrativpolizei, General Kasimakow, unter Hinweis darauf, daß es sich nicht um einen Generalstreik handle, sondern nur um den Berich von 80 Handwerkern, ihren Lohn dem Lohnen ihrer Kollegen in anderen Fabriken gleichzustellen. Hierauf erhielt R. ein Urteil zugestellt, wonach er wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei im Königreich Polen zu drei Monaten Gefängnis und zur Ausweisung aus Russland verurteilt sei.

Gegen dieses Urteil rief Neumann den Schutz des deutschen Konjunktur an. Nun erschien im „Kurier Polski“ eine Erklärung, daß R. sofort für immer aus Russland ausgewiesen werden werde, wegen Hass auf die Regierung. Aljo angeklagt, verurteilt und ausgewiesen wegen dreier verschiedener Sachen, die sich vollkommen widersprechen. R. wurde während seines Aufenthalts im Gefängnis vom Inspektor desselben mit der Faust ins Gesicht geschlagen und in einem unterirdischen, vollständig dunklen, kalten und engen Raum eingesperrt, und nur die Bemerkung, daß er unter dem Schutz des deutschen Konjunktur stehe, bewahrte ihn vor Misshandeln. Am 12. Oktober sagte man ihm, daß er auf Grund Einspruchs des deutschen Generalkonsulats in Warschau freigesetzt, jedoch nach der Grenze transportiert werde.

Am 15. Oktober wurde er von seinem bisherigen Aufenthaltsort nach einem anderen Gefängnis und von dort nach dem Polizeiarrest gebracht. Seine Familie und Freunde, die ihn nach der Wahl begleiten und ihm Lebensmittel sagen wollten, waren hierdurch getäuscht worden. Sie warteten vergeblich an dem einen Gefängnis, da sie nicht wußten, daß er noch nach dem Polizeiarrest gebracht worden war. Unterdessen wurde er von dort mit Seilen verankert, standhalten wird oder nicht. Im letzten Falle würde die Generalkommission erneut zu erkennen geben, wie sehr sie bei alter Gleicherberechtigung von Partei und freien Gewerkschaften in manchen Dingen unter der Führung der Parteijunktionäre steht.

Infanterie und Dragoner nach dem Bahnhof transpor-tiert. Dort holt man diejenigen Bekannten, welche direkt nach dem Bahnhof gegangen waren, so weit entfernt, daß es nicht möglich war, ein Abschiedswort zu wechseln. Auf dem Transport wurde er in den Gefängnissen Petrikau, Bendzin und Sosnowitz untergebracht und dort mit geweihten Verbrechern zusammengepferkt, die ihn vollständig ausraubten.

Der Transport dauerte volle 14 Tage, während man mit dem Zuge diese Strecke in neun Stunden zurücklegte. Besonders im Gefängnis in Bendzin wurde er unverhältnismäßig lange zurückgehalten, ohne daß es ihm möglich gewesen wäre, seiner Familie Nachricht über seinen Verbleib zu geben, welche ihn wieder mit Hilfe deutscher Behörden führten und befreien ließ, sodass er endlich am 29. Oktober bei der deutschen Polizeibehörde in Katowitz abgesetzt und von dieser freigegeben wurde. Ganz richtig bemerkte die „Westl. Arbeiterzeitg.“, hier wir diese Notiz entnehmen, zu den ausschlaggebenden Mitteilungen: Das russische Reich ist, wie dieser eine Fall, dessen Wahrheit in allen Einzelheiten verbürgt ist, zur Genüge dargetan, noch kein Kulturstaat. Kein Wunder, wenn das Land noch durch revolutionäre Erhebungen zerstört wird.

## Gewerkschaften und Arbeitervereine.

Über christliche Gewerkschaften und kath. Arbeitervereine in ihren gegenseitigen Beziehungen beschloß der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzbistüme München-Freising am 26. September in Holzkirchen folgende Leitsätze:

1. Die katholischen Arbeitervereine der Erzbistüme München-Freising stehen wie der ganze Süddeutsche Verband unentwegt, theoretisch wie praktisch, auf dem Standpunkte der christlichen Gewerkschaften.

2. Die kath. Arbeitervereine der Erzbistüme München-Freising sind erfreut, daß nach gepflogener Statistik die Zahl der sozialdemokratischen Gewerkschaftler in ihren Reihen so klein, die der christlichen Gewerkschaftler so verhältnismäßig groß ist, wie auch unter den Mitgliedern der kath. Arbeitervereine, so weit sie überhaupt organisatorisch sind, noch ein weites Organisationsfeld für die christlichen Gewerkschaften besteht.

3. Die kath. Arbeitervereine der Erzbistüme München-Freising gestalten in leiner Weise, daß in ihren Reihen irgendwelche Agitation für die sozialdemokratischen oder gelben Gewerkschaften betrieben wird.

4. Die kath. Arbeitervereine der Erzbistüme München-Freising stellen bei Aufnahme in den Verein die Frage nach der Vereinsorganisation, um auf die Mitgliedschaft hinzuweisen und die Statistik zu vervollständigen. Die Antwort auf diese Frage beeinflußt aber nicht die Aufnahme in den Verein.

5. Die kath. Arbeitervereine der Erzbistüme München-Freising suchen andauernd ihre Mitglieder über die Notwendigkeit und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften sowie über das wahre Wesen der sozialdemokratischen und gelben Gewerkschaften aufzuklären. Sie erwarten aber auch von den kath. Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, für den Eintritt in die kath. Arbeitervereine einzutreten.

6. Die kath. Arbeitervereine der Erzbistüme München-Freising begrüßen und fordern eine ruhige Agitation der christlichen Gewerkschaften in ihren Reihen.

## Den Trotz vor höher hängen

will man im sozialdemokratischen Lager dem früheren Genossen Richard Calwer, während man auf dem jüngsten sozialdemokratischen Parteitag zu Leipzig für Leute mit eigener Meinung einen Galgen aufgerichtet hat, aus der Sozialdemokratie ausgetreten ist. Calwer ist noch Mitarbeiter des Korrespondenzblattes der Generalkommission der „freien“ (sozialdemokratischen) Gewerkschaften, in welchem er die Wirtschaftskundschau schreibt. Und das können die klärenden Genossen nun und niemals leiden. Dem Mann gehörte also der Brotkorb höher gehängt.

Zu diesem Zwecke fordert ein „Eingesandt im Grundstein“, dem Organ des sozialdemokratischen Maurerverbands, diesen auf, „auf die Mitarbeit des bekannten bürgerlichen Politikers Calwer zu verzichten.“ Der „Grundstein“ antwortet zwar in einer Briefsäulennotiz: „Zu einer derartigen Maßnahme gegen einen ehrlichen Mann bieten wir unsere Hand nicht. Solange Calwer Mitarbeiter des „Korrespondenzblattes“ ist, solange werden wir auch die „Wirtschaftskundschau“ von Calwer abdrucken, für die es übrigens bis jetzt noch keinen Erfolg gibt.“

Um so energischer macht dafür aber die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“ (Nr. 250) gegen Calwer scharr. Die Arbeiterpresse, so führt das Blatt aus, sei nicht dazu da, jedem „ehrlichen Mann“ Gelegenheit zu geben, seine Kritik los zu werden, sondern die Arbeiterklasse aufzuklären und aufzurütteln. Das sei die Aufgabe, welche die Redakteure und Schriftsteller der Arbeiterklasse zu erfüllen hätten. Gignen sie sich in Folge mangelhafter Fähigkeiten und Kenntnisse hierzu nicht, so hätten sie ihren Beruf versiekt und sollten sich andere Beschäftigung suchen. . . . Die „Wirtschaftskundschau“ Calwers sei keineswegs schwer zu entbehren. Der Generalkommission ständen genügend Kräfte zur Verfügung, um für die Schriftsteller des Herrn Calwer Freiheit zu schaffen. Wer nicht Sozialdemokrat sei, der sei bewußt oder unbewußt ein Arbeiterfeind. Und Arbeiterfeinde hätten an der Arbeiterpresse nichts zu suchen. — Drum: nach jeder Richtung hinweg mit ihm!

Man darf nun gewiß darauf gespannt sein, ob die Generalkommission auf die Dauer den Einflüssen aus der Partei, die Calwer um jeden Preis aus dem Korrespondenzblatt der Generalkommission entfernen wollen und zu diesem Zwecke gegen ihn ein wahres Kesselstreben veranstalten, standhalten wird oder nicht. Im letzten Falle würde die Generalkommission erneut zu erkennen geben, wie sehr sie bei alter Gleicherberechtigung von Partei und freien Gewerkschaften in manchen Dingen unter der Führung der Parteijunktionäre steht.

## Reichstarbeitsverhandlungen im Malergewerbe.

Die Verhandlungen, zwecks Abschluß eines Reichstarifes für das deutsche Malergewerbe, die seit dem 5. November in Berlin zwischen dem Hauptverbande deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, dem sozialdemokratischen Gehülfenverbande, dem christl. Malerverbande und dem Hirsch-Duncker'schen Gewerbeverein für das graphische Gewerbe und Maler stattfinden, sind am 15. November abgebrochen worden. In den unter dem Vorstehe der Unparteiischen, Magistratsrats vor Schulz-Berlin, Gewerbegerichtsrat Dr. Brenner-München und Beigeordneter Rath-Essen-Ruhr stattgefundenen Beratungen wurde nur über einen Teil eines Tarifvertragschemas Einigung erzielt. Die strittig gebliebenen Punkte des Schemas sollen durch Schiedssprüche geregelt werden. Die Weiterberatung über Arbeitszeit und Lohnhöhe, scheiterten daran, daß die Arbeitgeber keinerlei Zugeständnisse in bezug auf dieselben machen wollten, worauf die Gehülfenvertreter nicht eingehen konnten. Anfangs Januar sollen erneute Verhandlungen hierüber stattfinden, die bis spätestens 15. Januar beendet sein müssen. Um in der Zwischenzeit keine tariflose Zeit eintreten zu lassen, sind sämtliche Tarife bis zu diesem Termine verlängert worden. Der christliche Malerverband war bei den Beratungen durch seinen Vorsitzenden Melcher, Düsseldorf, sowie Brauer-Düsseldorf, Riebel-München, Abel-Frankfurt a. Main und Wohlgemuth-Königsberg vertreten.

## „Sie lügen wie die Teufel . . .“

Die Sozialdemokratie führt seit Monaten gegen die christlichen Gewerkschaften einen wütenden Kampf, wobei auch zu den unlauteren Mitteln gegriffen wird. So geht zurzeit eine Notiz durch die sozialdemokratische Presse, wonin behauptet wird, die christlich-organisierten Textilarbeiter hätten in Gautewach-Bell (Elsoh) Streikbruch verübt. Der Verlauf der Dinge war aber derart, daß man eher das Gegenteil behaupten könnte. Der von vornherein verlorene Streik, bei dem christliche Arbeiter nur zu einem verhältnismäßigen geringen Bruchteil beteiligt waren, hat rund 7 Wochen gewährt. Am 2. November d. J. waren bereits etwa 50 Arbeitswillige im Betriebe, darunter kein einziger christlicher Arbeiter, wohl aber ein führender Genosse, der als „Leuchte“ voranging. Diese Tatsache verschweigt die rote Presse natürlich. In einer Versammlung, die am Abend des genannten Tages stattfand, sprachen sich verschiedene Sozialdemokraten für Aufnahme der Arbeit aus. Infolgedessen gingen am andern Morgen zahlreiche Streikende in den Betrieb, darunter eine Anzahl Sozialdemokraten und auch einige christliche Arbeiter. Daraufhin wurde bestimmt, daß nachmittags die Arbeit allgemein aufgenommen werden sollte.

Blößlich gaben nachher die Sozialdemokraten die Rolle aus: Die Arbeitsaufnahme soll erst am nächsten Morgen erfolgen. Diese Aenderung erfolgte nur zu dem Zweck, die christlich organisierten Arbeiter zu überzeugen und um denselben nachträglich die Schuld an dem verlorenen Kampf in die Schuhe schieben zu können. Die christlichen Arbeiter, empört über das durchsichtige Manöver der „Genossen“, hatten aber keine Veranlassung, die lächerliche Komödie mitzumachen; sie befolgten vielmehr die vorher getroffene Vereinbarung. Es lagen die Dinge. Die Sozialdemokraten hätten jedenfalls alle Ursache, sich der Heimilude und Verleumdungssucht gewisser Heizer in ihren Reihen zu schämen, wenn Wahrheit und Gerechtigkeit in jenem Lager nicht vollständig verloren gegangen ist. Wenn — allem Anschein nach liegt System darin und um ein von den Sozialdemokraten häufig zitiertes Wort zu gebrauchen: „Sie lügen wie die Teufel und schwärmen aus Prinzip.“

## Freie Gewerkschaften und Freiheitkampf

ziehen an einem Strang. So lesen wir vom „freien“ Verband der Bauhilfsarbeiter, Zahlstelle Nürnberg, in der „Fränkischen Tagesspost“, Nr. 249, 25. Okt. 09, daß dessen Versammlung vom 20. Okt. d. J. beschlossen hat, „dem Verbande bayerischer Freidenker (Eis. Fürth) als Zufluchtsort für bessere und ausgiebige Agitationsentfaltung gegen das volksverbündende Pfaffenamt aus der Volkskasse 20 M. zu bewilligen.“

Deutlicher kann wohl die christentumseindürliche Haltung der soziald. Verbände nicht dokumentiert werden. Und trotzdem haben nicht wenige Blättern passiert. So auch dem „Vorwärts“. Ein bauernbündlerisches Blatt in Würzburg, das vor allem den bayerischen Postler-Verband nicht ausstehen kann, hatte dieses und jenes an dem Verbande anzusehen und kramte mit der wichtigsten Miene von der Welt Selbstverständlichkeit her vor, die kompromittierend wirken sollten. Daraufhin führte der Schalk dem Redakteur der „Bayerischen Post“ die Feder zu einer Notiz, in der gefragt wird, der Verbandsvorstand habe den Verbandssekretär mit 100 000 Mark in eine Lebensversicherung eingekauft. Die Kosten trage aber nicht der Verband, sondern der Hauptauszuhub, der aus 12 Mitgliedern besteht, von denen jedes 1000 Mark von seinen Rentnieren hergebe.

Die „ach so freundlich gesinnte Presse“, sie ist gewünscht auf diesen Scherz herein und verkündete der staunenden Öffentlichkeit, daß etwas faul in Postler-Verbänden sei. Der Ausdruck müsse sein Amt statutgemäß unentbehrlich verwaltet. Woher nun das Geld? Und die horrende Einkaufsumme für den Sekretär? Wie Mißwirthhaft über Miß-

wirtschaft! Großes Aussehen! Der „Vorwärts“ berichtete gar unter dem anliegenden Titel: „Intimes aus einem christlichen Verband.“ Feit der Herrensitz! Er ist nicht unverdient. Der Haß gegen die christlichen Gewerkschaften geht eben so weit, daß selbst die größten Scherze als Tatsachen aufgesetzt werden.

## Terrorismus-Chronik.

Die „Oberelsässische Landeszeitung“ Nr. 262 vom 10. November schreibt unter dem Etikett „Sozialdemokratischer Terrorist im Elsass“: „Von der Firma Nels hier entlassen wurde vorigen Samstag der Maschinenschreiber J. K. Ferfelbe war 9½ Jahre bei der Firma beschäftigt, 45 Jahre alt und hat zwei unverwachsene Kinder. Der Grund der Entlassung liegt in der Weigerung, dem soziald. Holzarbeiterverband beizutreten. In diesem Sinne war K. schon längere Zeit von den Genossen bearbeitet worden. Ohne Erfolg. K. erklärt sich aber bereit, dem christl. Holzarbeiterverband beizutreten und vollzog auch am Samstag den 6. Nov. vor seiner Entlassung den Eintritt. Doch das genügte den Genossen nicht mehr. Sie bestanden auf der Entlassung des K. Die Firma, die dringende Arbeiten zu erledigen hat, sah sich, um einen Streit zu vermeiden, gezwungen, dem Verlangen der Genossen stattzugeben. Nun liegt der Mann angeleckt des herannahenden Winters auf dem Blaster. Dieses Vorgehen der Genossen muß als brutale Rücksichtlosigkeit bezeichnet werden. Christliche Arbeiter! Legt Protest ein gegen eine solche Vergewaltigung der Meinungsfreiheit, indem ihr bis zum letzten Mann den christlichen Gewerkschaften beitreten und an ihrem weiteren Ausbau nach Kräften mitarbeiten.“

## Streiks und Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Nedaltionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung etabliert, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Minden.** In der Gießerei der Firma Bonderhecken sind Differenzen ausgebrochen.

**Hamm (Westf.).** Die Westf. Herd- und Ofenfabrik E. W. Wilms ist für Formere und Gießereiarbeiter gesperrt.

**Würgingen.** Bei der Firma Chr. Maier sind die Arbeiter in den Aussland getreten.

## Zuzug ist zuerzuhalten.

**Bromberg.** Der Schlosserstreik bei der Firma Rumke u. Sohn ist beendet und damit die Sperre über diese Firma aufgehoben.

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. November 1909 der achtundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. November bis 5. Dezember fällig.

**Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.** Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo seine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Forderung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmen sind von allen dem Verband beitretenen Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzuführen. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu erüppen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstraße 19 und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

**Berlin.** Das Mitgliedsbuch Nr. 55143, auf den Namen Heinrich Schleifer lautend, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Die geplante Beleidigungsstelle werden ersucht, die überschüssigen Verbandsgelder als Barauszahlung an die Hauptkasse zu senden.

Das soll mindestens am Schluß eines jeden Monats geschehen, damit die Gelder nicht zinslos in den örtlichen Verwaltungskassen liegen bleiben sondern an der Zentrale im Interesse des Verbandes Verwendung finden können.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Ulmberg.** Bekanntlich bestand früher im Bereich großer Werke (z. B. im Königreich Württemberg) die Geplogenheit, daß die Arbeiter diejenige Zeitung halten und lesen mühten, die dem Unternehmer genehm war. Die politische Entwicklung und besonders die im letzten Jahrzehnt erstaunlich gewachsene Organisationen haben unter andern auch diesen Zwang zum größten Teil beseitigt.

In den letzten Jahren sind einige Unternehmer auf Umwegen hier und da zum gleichen System zurückgekommen, nur mit dem Unterschied, daß solche Unternehmer die Zeitung zum großen Teile selbst bezahlen und den Leser neben den jährlichen und spärlichen Almosen auch einen freudlichen Blick spenden (am gelben Stiftungsfest).

Eine solche Zellung von Unternehmern ist auch die gelbe „Wehr“. Die Wehr wehrt sich dagegen, daß die Arbeiter selbstständig ihre Interessen vertreten. Deshalb ist es auch nicht zu verwundern, wenn die Wehr soziald. Verleumdbare gegen die christlichen Gewerkschaften abschreibt oder sonst „geistreiche“ Artikel bringt.

Dasselbe Blättchen, das in seiner wöchentlichen Rundschau Parteidoktrinen machte und sich erst von dem satham bekannten Ledius lehren lassen mußte, neutral zu bleiben, redet in seiner Einsicht von Zentrumsgewerkschaften.

Unter anderem meinte die Wehr, in Böblingen hätte die christliche Gewerkschaft eine militärische Niederlage erlitten, weil in einem christl. Konsumverein 8 Tage lang kein Kassenbuch geführt wurde usw.

Daß die christl. Gewerkschaften nicht mit Petroleum und ähnlichen Dingen handeln, weiß heute jedes Kind und es ist gewiß sehr wenig Vermut oder Christlichkeit notwendig, um zu verstehen, daß sie auch mit Konsumvertriebsgeschäften deshalb nichts zu tun haben.

Solche und ähnliche gelbe Veröffentlichungen vermögen die Arbeiter nicht dauernd über das namenlose Elend gelber Blüten hinweg zu täuschen.

Lassen wir einmal nur ein kleines Beispiel folgen: irgend ein angehender Parteiführer in Ulmberg hatte z. B. 16 Mark Wochenlohn und eine Familie mit 5 Kindern zu ernähren. Im besten Mannesalter wurde er nun arbeitsunfähig, aber die gelbe Pensionstafse, deren Mitglied er ist, verlangt mindestens 15 Jahre Dienstzeit — so blieb dem Arbeiter schließlich nichts als die Enttäuschung.

Unsere und viele auftretende Kollegen wissen sehr wohl, daß zur Besserung solcher und ähnlicher Verhältnisse von der „Wehr“ nichts zu erwarten ist. Deshalb liegt es an den Kollegen, mitzuarbeiten an der Stärkung unserer Organisation und damit an einer offenen und ehrlichen Interessenvertretung der Arbeiter.

**Düsseldorf.** Eine außerordentliche Generalversammlung, die einen hoffnungsvollen Eindruck auf sämtliche Kollegen ausübte, fand am Sonntag, den 7. November, im Paulushause statt. Zu derselben hielten sich die Kollegen zahlreich eingefunden, sodass der letzte Platz im Saale besetzt war. Galt es doch, die von der Zentrale vorgenommenen Änderungen, sowohl des Bezirks wie auch der Ortsverwaltung zur Kenntnis der Kollegen zu bringen und die neuen Beamten kennen zu lernen.

Nach der Gründung durch den Vorsitzenden Kollegen Busmann ergriß zunächst Kollege Schmid-Köln als Leiter des Bezirks das Wort, um in überzeugender Weise den Kollegen die dringende Notwendigkeit der Zusammenlegung der beiden Bezirke darzulegen. Man würde im ganzen Verband eine andere Bezirksteilung vornehmen, um diejenigen Gegenden mit einer erschöpfenden Agitation bearbeiten zu können, welche bislang dem Verband noch nicht erschlossen wären. Dazu sei die Zusammenlegung der beiden Bezirke mit Freuden zu begrüßen. Die Ursachen, welche zu der Umtaufredelegung des bisherigen Bezirksleiters Broich geführt hatten, sind den Kollegen bekannt; es erübrigte sich daher, hier näher darauf einzugehen. Neben der Veränderung im Bezirk sei auch eine Veränderung in der Person des Lokalbeamten vorgenommen worden. Der bisherige Lokalbeamte Neus habe auf seinen Posten verzichtet, da er einer Besetzung aus dem Wege gehen wollte. So sei eine auberweitige Besetzung dieser Stelle notwendig geworden und sei die Wahl des Zentralvorstandes auf den Kollegen Joseph Deupke, bisher Lokalbeamter in Eißen, geslassen.

Der neue Lokalbeamte sei sein Meuting in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Seit dem Jahre 1901 in unserem Verbande organisiert, habe er immer im Vororttreffen der Bewegung mitgestanden, bis ihm im Jahre 1907 die Ortsverwaltung Eißen auf die Stelle eines Lokalbeamten wählte. Durch seine dortige Tätigkeit habe er sich das Vertrauen der Kollegen erworben. Der Beweis hierfür sei die Tatsache, daß die Eißenen Kollegen ihn mit ungern hatten scheiden sehen und alles versucht hätten, um ihren Lokalbeamten zu behalten. Auch dem neuen Lokalbeamten sei die Besetzung nicht gerade angenehm gewesen, da er in seinem bisherigen Wirkungsbereich eingearbeitet und hier von neuem eine Position sich erringen müsse. Notwendig würde es daher sein, daß alle Kollegen zur Mitarbeit bereit wären.

Hieraus ergüßt der neue Beamte Kollege Deupke das Wort, um in längeren Ausführungen die Mitarbeit jedes Kollegen am Verbandsleben den Anwesenden einmal vor Augen zu führen. Besonders betont, daß seine Tätigkeit nur dann eine erfolgversprechende sein würde, wenn alle Kollegen dieselbe einmütig unterstützen, legte Mederer die durch treue Mitarbeit jedes Kollegen erreichten Erfolge in den zehn Jahren unseres Bestehens überzeugend zusammen und forderte, daß überall die richtige für unsere Sache arbeitende Überzeugungstreue eingesetzt müsse. Eiserne Erkenntniß, Begreifnis und Verstehen schaffe den richtigen Gewerkschaftler, daher sei Überzeugung für unsere Sache nur durch Studium unserer Schriften (Verbandsorgan, Zentralblatt, Broschuren) und hinnützlichen regelmäßigen Besuch der Verbandsversammlungen zu machen und erhalten. Dann entwickelt sich jener unstillbare Eifer im törichtigen Mutter, welcher besonders am heutigen Tage eine dringende Notwendigkeit sei. Mit der richtigen Überzeugungstreue werde die unmündliche Menschenfurcht abgehen, unter der man besonders in der gegenwärtigen Zeit leide. Aus der rühigen, klug gewordenen Erkenntniß ergebe sich ein opferfreudiger Idealismus, der sich nicht damit begnügen, pünktlich die übernommenen Verbandspflichten zu erfüllen, sondern auch für die Sache

selbst zu arbeiten, als Vertrauensmann und Vorstandsmitglied. So wurden von dem Redner die nächsten unserer Aufgaben besprochen, Ausgaben der Allgemeinheit, der Vertrauensleute und der Vorstandsmitglieder, damit neues Leben, neue Begeisterung für unsern Verband wendend.

Die Versammlung zeigte das richtige Verständnis durch lebhafte Kündgebungen am Schluß dieser Ausführungen. Hauptsächlich werden die praktischen Taten folgen,

Nach diesen Ausführungen sprach Kollege Peus seinen Dank aus für das Vertrauen und die Anerkennung, die seine Tätigkeit gefunden habe und betonte, daß er nicht etwa als ein Verärgter gehe, sondern mitarbeiten wolle am weiteren Gedeihen der Ortsverwaltung, soweit es in seinen Kräften stehe, was mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Eine ganze Reihe Kollegen hatte sich zur Diskussion gemeldet. Alle äußerten ihre Befriedigung über die getroffenen Veränderungen und wollten der neuen Leitung Vertrauen sowie Unterstützung in der Arbeit für den Verband entgegenbringen. Nachdem zum Schluß nochmals unser Bezirksleiter Kollege Schnitz das Wort ergreifen und in überzeugender Weise die gewonnenen Eindrücke dieser Generalversammlung zusammengefaßt hatte, wurde die wichtige außerordentliche Generalversammlung mit einem lebhaft aufgenommenen Hoch auf unsern Verband geschlossen.

Ruhrkollegen von Düsseldorf! Nach dieser Versammlung kann es nur eine Lösung für uns geben und die lautet: „Vorwärts zur Arbeit für unsern Verband!“ Jeder hat die Pflicht, mitzuarbeiten, mitzumachen, dann werden wir vorwärts kommen. Darum seht die in der Generalversammlung gewonnene Begeisterung in die Tat um, helft mir, eine gute vorwärtsstreibende Verbands-tätigkeit zu entwickeln und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Es möge das Dichterwort unser Leitstern sein:

Willst Gutes du und Schönes schaffen,  
Das lebensvoll das Leben mehre,  
Mußt du dich ernst zusammenraffen  
Und darfst nicht scheun' der Arbeit Schwere,  
Da hilft kein Schwärmen bloß und Hoffen,  
Kein Traum von künftiger Entfaltung;  
Nehm, ringen mußt du mit den Stoffen,  
Und stark sie zwingen zur Gestaltung!

Düren. Genua 14 Tage nach unserer in allen Teilen imposant verlaufenen Festversammlung anlässlich der zehnjährigen Gebensfeier unseres Verbandes kommt die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Köln und nürgelt und kritisiert daran herum. Wenn der soziald. Artikelschreiber pro Zeile 5 Pf. bekommt, ist er jedenfalls ein Meister auf dem Gebiete der Beleidigung und kann es noch zu etwas bringen, denn nicht jeder schreibegesetzliche Genosse wird aus einer geheimer Versammlung herausragen können. Glauben muß man nur, daß die Kölner rote Tante solchem inhaltslosen Tratsch sowiel Raum über eine Spalte einkäumt, aber gegen die bösen Christlichen ist das ödeste Zeug noch immer willkommen.

Wir würden von dem Konfusen Geschreibsel in unserem Verbandsorgan gar keine Notiz nehmen, wenn nicht einige plumpen Unwahrheiten gegen unsere Organisation und einige sehr unangebrachte Prahlgereien der Dürener sozialdemokratischen Metallarbeiterverbänden darin enthalten wären, die einige Worte der Erwiderung bedürfen.

Dass die Ausführungen des Redners Kollegen Bergmann-Luisburg den Sozialdemokraten nicht gefallen, ist selbstverständlich; es wäre auch unnatürlich, wenn's anders wäre. Die Kennzeichnung der sozialdemokratischen Kampfweise, u. a. auch des von jener Seite ausgeübten Terrorismus, will der Zeile; hinter der Rhein. Ztg. mit der Bräse schlankweg abtu: „Soviel Worte, so viel Lügen.“ Wenn der Artikelschreiber der „Rh. Ztg.“ die Vorgänge in der Arbeiterbewegung so wenig kennen sollte, daß ihm von dem Terrorismus der Sozialdemokraten nichts bekannt ist, so hätte es aber die Redaktion des Kölner Sozialistenblattes beso besser wissen müssen, daß nicht in einzelnen, sondern in hunderten von Fällen anderspendende Arbeiter von sozialdemokratischen „Freiheitshelden“ aus Brot und Arbeit gebracht worden sind, weil sie sich nicht in die rote Zwangsjacke pressen ließen. Im Schlagzeug befindender Tatsachen sind die Genossen aber groß und erröten nicht, selbst wenn sie bei ihrem lugnerischen Treiben auf frischer Tat ertappt werden.

Der Lieferant der „Rhein. Ztg.“ aus Düren faselt kaum vom Fürsten Bismarck, Anttag Guen, Fürst Menzing und wer weiß was sonst noch alles, um die Ausführungen des Referenten Bergmann zu entkräften. Doch diese „Kläfferei des roten Kötter“ soll uns hier nicht länger beschäftigen, denn die plumpen Schwindelteile sind doch zu dick aufgetragen, als daß sie irgendwelchen Eindruck hervorruhen könnten. Dem Zribijag ist es ja auch nur darum zu tun, möglichst viele Zeilen zusammen zu schreiben. Dabei läuft er auch die Unnachahmlichkeit auf, Kollege Wernerus habe die Arbeiter der Dürener Metallwerke in den Streik getrieben und sie nachher ohne die versprochene Unterstützung im Stich gelassen. Die eine Behauptung ist so unwahr wie die andere. Von einem in den Streik treiben ist gar keine Rede gewesen, und die zusätzliche Unterstützung haben die Streitenden ebenfalls erhalten.

Zum Schluß renommiert der Artikelschreiber der „Rhein. Ztg.“ mit den guten Fortschritten, die der Deutsche (sozialdemokratische) Metallarbeiterverband in Düren gemacht haben soll. Die blöden Angriffe gegen unsern Verband wie diese Prahlgereien geben uns Veranlassung — wir würden dies sonst nicht getan haben — einmal in den Geschäftsbetrieb der hiesigen sozialdemokratischen Zahnstelle etwas näher hineinzutasten.

Als am Schluß des ersten Quartals djs. Jg. bei den Sozialdemokraten abgerechnet werden sollte, waren wohl nettolose Papiere, aber kein Geld vorhanden. Der Kassierer hatte es vergessen, die eingekassierten Beiträge an die Hauptkasse abzuliefern, dafür aber noch 100 M. Vorstand von der Rentkasse nötig gehabt. Weder der Kassierer noch der Rentkassierer wußten aber, wo das Geld gewichen war und schließlich ging's deshalb vor Gericht. In der ersten Verhandlung am 10. September vor dem Stadtkammer in Aachen bestrafte das Gericht, die Sach zu vertagen und einen berechtigten Richter vor zu bestellen, um die Höhe der veruntreuten Gelder festzustellen zu machen.

Die Prüfung ergab dann einen Fehlbetrag von 268,25 Mark und der Kassierer K. . . wurde wegen Unterschlagung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das kann schlechtlich in jeder Organisation vorkommen und man soll das nicht verallgemeinern. Aber interessant bei diesem Prozeß war der Aufschluß über die Stärke und die angebliche Fortentwicklung des soziald. Verbandes in Aachen. Da ergibt sich folgendes Bild:

Berlinreute Gesamtsumme 268,25 M.

Davon Bestand der Zahlstellenkasse 50,- "

Vorschuß von der Hauptkasse 100,- "

Mithin verbleibt Einnahme an Mitgliederbeiträgen 118,25 "

Rechnen wir nur 10 Wochenbeiträge à 70 Pf., so gibt das eine Mitgliederzahl von kaum 17 Männerne. Wie man sieht, haben die Sozialdemokraten allen Grund, über die Christlichen zu schimpfen und lange Blätter in dem Aachener Sozialblatt vom Stapel zu lassen, um die eigene Ohnmacht und die Korruption in der Direkten Zahnstelle zu verdecken. Wenn wir Ihnen bei dieser Schwindelarbeit ein wenig nachhelfen und Ihnen die Maske etwas gelüftet haben, so werden Sie uns das nicht übernehmen, sie haben es ja nicht besser gewollt.

Dortmund-Eller. Die Ellner Hütte Ferd. Schulz u. Comp. ersucht uns unter Berufung auf den § 11 des Breisachgesetzes um Aufnahme folgender Verichtigung: „Der Streit im Frühjahr dieses Jahres bei der Firma Ellner Hütte Ferd. Schulz u. Comp. verlief ohne einen Sieg der Arbeiter.“

Zazu ist folgendes zu bemerken: Die damaligen Differenzen entstanden, weil die Formers nicht über die Arbeitspreise orientiert waren. Bisher war bei Fehlguß das Urteil des Meisters allein in Frage gegeben. Die Aufbesserung der Altkorrekte war strikt verweigert worden. Nach Beendigung der Sperre wurde folgender Anschlag auf der Hütte ausgehangen:

„Wir bringen hierdurch zur Vermeidung von Mißverständnissen die mit der Kommission der Formers getroffenen Abmachungen zur allgemeinen Kenntnis: 1. Der Formermeister hält sich nicht an die Arbeitszeit, sondern lediglich aus organisatorischen Gründen mit einem Handhaimer gegen den Kopf geschlagen haben sollte. Herr Biegler, der Verfasser dieses Artikels, benutzte die Gelegenheit, um seinem H.-D. Kollegen ein gelindes Gruseln vor den bösen Christlichen beizubringen. Mit gut gespielter Entrüstung schickte er den Saal wieder: „jedoch wird diesem Menschen noch an anderer Stelle klar gemacht werden, daß das Gebot, du sollst nicht töten auch für einen Christlichen gilt.“

In unserem Organ und in der Siegerländer Tagespresse ist bereits diese „Mordgeschichte“ auf ihren wahren Wert zurückgeführt worden. Das war unsern H.-D. „Freunden“ sehr unangenehm, so daß dieselben dem Verfasser mit Klage drohten. Der H.-D. Kroll hatte sogar nichts eiligeres zu tun, als mit dem betreffenden Zeitungsartikel zum Chef der Fabrik zu rennen!! Sollte der vielleicht gegen die verhaschten Christlichen mobil gemacht werden? „Das läßt tief blicken“ würde Sabor sagen, wenn er noch lebte.

Am 16. November stand nun vor dem Schöffengericht in Krichen die Gerichtsverhandlung wegen der „Mordgeschichte“ statt. Über o weh! Dieselbe gestaltete sich zu einer moralischen Niederlage für den H.-D. Kroll. „Herr im Regulator“ geschilderten „Mordgeschichte“ blieb nicht viel übrig. Es wurde vom Gericht festgestellt, daß dieser Kollege dem H.-D. nicht so ohne weiteres geschlagen, sondern daß der sich gegenüber dem H.-D. in Rothwehr befand. Selbst der Ankläger hielt seine Anklage nicht in vollem Umfang aufrecht, sondern beantragte mildernde Umstände. Das Gericht verurteilte unsern Kollegen zu 10 Mark Geldstrafe wegen Überschreitung der Rottwehr.

Die H.-D. „Mordgeschichte“ ist also in der Gerichtsverhandlung elendig zusammengebrochen. Wenn unser Kollege auch zu 10 Mark Strafe wegen Überschreitung der Rottwehr verurteilt wurde, so geht doch aus diesem Umstand zur Genüge hervor, daß der H.-D. Kroll der Schulde war und eigentlich auf die Angestellte gehörte. Die Darstellung der Sache im „Regulator“ ist durch das Ergebnis der Gerichtsverhandlung zum größten Teil derartig Lügen geprägt worden, daß Herr Biegler mit seinem H.-D. Schäffling Kroll diese Lektion nicht so leicht verpassen dürfte.

Wir wollen uns für heute auf diese kurze Mitteilung des Ergebnisses der Gerichtsverhandlung beschränken und zunächst einmal abwarten, ob der „Regulator“ nun auch den Mut haben wird, seine falsche Darstellung der Sache richtig zu stellen. Wenn nötig, können wir dann noch auf Einzelheiten aus der Gerichtsverhandlung, und auch auf die eigenartige Erziehungsmethode, die man den Krichener H.-D. angelehnen läßt, etwas näher zurückkommen.

Schramberg. Wie mit den Arbeitern umgesprungen wird, wenn ihre alten Knochen nicht mehr so recht arbeitsfähig sind, zeigt folgender Fall: Bei der Firma „Deutsch-amerikanische Uhrenfabrik“ arbeitete ein Kollege Joh. Mink mit Namen seit 23 Jahren „treu und fleißig“. Mit den Führlern und maßgebenden Leuten des Werkes ist er sogar noch verschwägert. Im Laufe der Zeit zog er sich ein rheumatisches Leiden zu, sodaß er ein Sanatorium zur Heilung aufsuchen mußte. Wiederhergestellt, dachte er bestimmt eine leichtere, zuträgliche Arbeit zu erhalten. Die 23 Jahre treue Dienste bei seinen Verwandten sollten ihm doch wohl das Recht dazu verleihen, daß er eine Arbeit finden kann. Als der Kollege aus dem Sanatorium zurückkam, war seine Stelle besetzt.

Anscheinend sehen die „jungen Herren“ ihren alten Arbeiter nicht so gern, denn er ist noch ein treuer Gründungsmitglied des Uhrenarbeiterverbandes. Der Kollege Mink wurde vorstellig und versprach ihm die Firma Heimarbeit, womit er schon seinen Wohn verdient hätte. Statt der Heimarbeit schickte man dem Mink nach 8 Tagen die Papiere ins Haus. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan — — —. Eine Kommission erreichte bei dem Prokuristen Heiling das Versprechen, dem Arbeiter einen Platz zu geben, sobald ein solcher frei werde. Auch Heimarbeit wurde ihm sofort geschickt. Walzen nötigte Mink, das Lautsprecher für 1,30 Pf. Bei guter Konjunktur braucht die Firma täglich 500 Stück, also für Mink eine Arbeitsgelegenheit, die durchschnittlich 60 Pf. täglich bringen kann. Er arbeitete am ersten Tage mit seiner Frau 500 Stück und nach 8 Tagen brachte Mink es auf 800—900 Stück. Mehr kounte er nicht fertig bringen, denn seine Finger waren zu steif für diese Arbeit. Eine neue Heimarbeit brachte ihm auch nicht genügend ein und so entschloß er sich, die Münchnerstelle in Wiesbaden anzunehmen, die bei 500 M. Jahresverdienst mehr bringt als die Heimarbeit.

Kollegen aus dem Schwarzwald, diese Schilderung zeigt Gut, daß der Arbeiter allein selbst oft von Seinenverdienst nicht leben kann. Ein „Deutsches Volksblatt“ (Stuttgarter) vom

11. Nov. wird aus Göppingen unter der Spitznamen: „Die zufriedenstellenden Erfolge der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten“ folgendes berichtet: „Im Metallarbeiter, Organ des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, stand ein Artikel, in dem ausgeführt worden war, daß in Göppingen zwei Beamte der Gewerkschaften seien, von deren Tätigkeit nichts weiter zu verstehen sei, als daß die Stimmenzahl der sozialdemokratischen Partei um einige Tuhend gestiegen sei. Der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Göppingen, Genosse Widmann, erklärte nun in einer öffentlichen Versammlung am 8. Oktober mit Pathos, daß er ganz zufrieden sei mit dem Erfolg seiner Tätigkeit, wenn er sich sagen kann, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie um nur ein Tuhend gestiegen sei — Ob aber die organisierten Metallarbeiter, welche in so manchen Betrieben auf eine Verbesserung ihrer Sohn- und Arbeitsbedingungen warten, durch diese Erfolge mehr verbündet und zusieden gestellt werden, ist doch eine andere Frage.“

Nein, werden Sie da ohne Umschweife antworten müssen und sich deshalb bis zum letzten Mann dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, der keine Parteipolitik, dafür aber praktische Gewerkschaftsarbeiten zum Nutzen der Metallarbeiter betreibt.

Kirchen a. d. Sieg. In seiner Nr. 25 vom 25. August brachte der „Regulator“ unter dem Stichwort: „Aus dem Siegerland“ einen Artikel, wonach in der Krichener Motivfabrik ein unserm Verbande angehörige Kollege dem H.-D. Agitator Knoll „ohne jede Veranlassung, sondern lediglich aus organisatorischen Gründen“ mit einem Handhaimer gegen den Kopf geschlagen haben sollte. Herr Biegler, der Verfasser dieses Artikels, benutzte die Gelegenheit, um seinem H.-D. Kollegen ein gelindes Gruseln vor den bösen Christlichen beizubringen. Mit gut gespielter Entrüstung schickte er den Saal wieder: „jedoch wird diesem Menschen noch an anderer Stelle klar gemacht werden, daß das Gebot, du sollst nicht töten auch für einen Christlichen gilt.“

In unserem Organ und in der Siegerländer Tagespresse ist bereits diese „Mordgeschichte“ auf ihren wahren Wert zurückgeführt worden. Das war unsern H.-D. „Freunden“ sehr unangenehm, so daß dieselben dem Verfasser mit Klage drohten. Der H.-D. Kroll hatte sogar nichts eiligeres zu tun, als mit dem betreffenden Zeitungsartikel zum Chef der Fabrik zu rennen!! Sollte der vielleicht gegen die verhaschten Christlichen mobil gemacht werden? „Das läßt tief blicken“ würde Sabor sagen, wenn er noch lebte.

Am 16. November stand nun vor dem Schöffengericht in Krichen die Gerichtsverhandlung wegen der „Mordgeschichte“ statt. Über o weh! Dieselbe gestaltete sich zu einer moralischen Niederlage für den H.-D. Kroll. „Herr im Regulator“ geschilderten „Mordgeschichte“ blieb nicht viel übrig. Es wurde vom Gericht festgestellt, daß dieser Kollege dem H.-D. nicht so ohne weiteres geschlagen, sondern daß der sich gegenüber dem H.-D. in Rothwehr befand. Selbst der Ankläger hielt seine Anklage nicht in vollem Umfang aufrecht, sondern beantragte mildernde Umstände. Das Gericht verurteilte unsern Kollegen zu 10 Mark Geldstrafe wegen Überschreitung der Rottwehr.

Die H.-D. „Mordgeschichte“ ist also in der Gerichtsverhandlung elendig zusammengebrochen. Wenn unser Kollege auch zu 10 Mark Strafe wegen Überschreitung der Rottwehr verurteilt wurde, so geht doch aus diesem Umstand zur Genüge hervor, daß der H.-D. Kroll der Schulde war und eigentlich auf die Angestellte gehörte. Die Darstellung der Sache im „Regulator“ ist durch das Ergebnis der Gerichtsverhandlung zum größten Teil derartig Lügen geprägt worden, daß Herr Biegler mit seinem H.-D. Schäffling Kroll diese Lektion nicht so leicht verpassen dürfte.

Wir wollen uns für heute auf diese kurze Mitteilung des Ergebnisses der Gerichtsverhandlung beschränken und zunächst einmal abwarten, ob der „Regulator“ nun auch den Mut haben wird, seine falsche Darstellung der Sache richtig zu stellen. Wenn nötig, können wir dann noch auf Einzelheiten aus der Gerichtsverhandlung, und auch auf die eigenartige Erziehungsmethode, die man den Krichener H.-D. angelehnen läßt, etwas näher zurückkommen.

Schramberg. Wie mit den Arbeitern umgesprungen wird, wenn ihre alten Knochen nicht mehr so recht arbeitsfähig sind, zeigt folgender Fall: Bei der Firma „Deutsch-amerikanische Uhrenfabrik“ arbeitete ein Kollege Joh. Mink mit Namen seit 23 Jahren „treu und fleißig“. Mit den Führlern und maßgebenden Leuten des Werkes ist er sogar noch verschwägert. Im Laufe der Zeit zog er sich ein rheumatisches Leiden zu, sodaß er ein Sanatorium zur Heilung aufsuchen mußte. Wiederhergestellt, dachte er bestimmt eine leichtere, zuträgliche Arbeit zu erhalten. Die 23 Jahre treue Dienste bei seinen Verwandten sollten ihm doch wohl das Recht dazu verleihen, daß er eine Arbeit finden kann. Als der Kollege aus dem Sanatorium zurückkam, war seine Stelle besetzt.

Kollegen aus dem Schwarzwald, diese Schilderung zeigt Gut, daß der Arbeiter allein selbst oft von Seinenverdienst nicht leben kann. Ein „Deutsches Volksblatt“ (Stuttgarter) vom

genug, sich nicht auf das Wohlwollen des Arbeitgebers zu verlassen. Durch die Organisation im christlichen Metallarbeiterverband muß jeder seine Interessen zu vertreten suchen. Betrachten wir diesen Fall. Den Kollegen und Kolleginnen rufen wir zu: Arbeitet, werdet für die gerechte Sache, tretet als Kämpfer in die Reihen mit der Parole: Ausklärung in das Heer der Industrialisten zu bringen über ihre Lage, dann wird es auf dem Schwarzwald auch besser werden. Mehr wie je müssen die Uhrenarbeiter heute den Druck des Kapitals verhindern. Warum? Weil ein großer Teil der Arbeiterschaft der Organisation den Rücken kehrt aus lauter Egoismus und Furchtlosigkeit. Doch auch hier gilt das alte Sprichwort: "So wie du dich betest, so liegt du". Du, Arbeiter, hast es ja selbst in der Hand, dir ist von Gesetzen wegen das Sozialrecht gegeben, nimm Gebrauch davon, du bist es dir und deinen Kindern schuldig. Hilf den Weg einen zu einer standesgemäßen Lebenshaltung. Darum auf zur Tat hinein in unsern Verbund!"

**Kempten.** (Allgäu.) Von den unerschöpflichen Naturschönheiten der südwästlichen Ecke des Bayerlandes lädt der Dichter den heimleitenden Wanderburschen singen:

Mein Allgäu, mein Allgäu, wie bist du so schön,  
Sonnen Täler, wundrige Höhen,  
Hab euch nun lange, lange vermisst,

Allgäu, mein Allgäu, sei mir gegrüßt!

Mitten im Herzen des Allgäus liegt das schöne Städtchen Kempten, die Metropole des Allgäus genannt. Am 30. Mai ds. Jrs. war es, als unter jetztiger Vorsitzender Kollege Wagner aus Pforzheim als wandernder Handwerksbursche hier in Arbeit trat und sich als Einzelmitglied der Bahnhofsstelle München anschloss. Der Geist der Organisation war hier schon lange geweckt, doch die Metallarbeiter hatten es anscheinend nicht nötig, sich auf gewerkschaftlicher Grundlage zu organisieren. Kollege Wagner nahm die Sache in die Hand und ruhte nicht eher, bis es gelang eine Bahnhofsstelle mit 7 Kollegen zu gründen. Mit vereinten Kräften wurde nun daran gegangen, unsere Bahnhofsstelle zu kräftigen nach innen und außen. Ein Beweis hierfür ist wohl schon die erste Abrechnung, bei welcher wir 44,35 Mark an die Zentrale absenden konnten. Auch nach außen haben wir unsern Mann gestellt. Die Zahl der Gründungsmitglieder beträgt heute 17. Eine Anzahl Mitglieder wurden schon durch Arbeitslosigkeit gezwungen, den Wandertag zu ergründen. Leider waren es meistens solche Kollegen, welche dem Verbande nur kurze Zeit angehörten. Auch an der Schlosserbewegung hat sich unser Verband beteiligt.

Versammlungen wurden insgesamt bisher 10 abgehalten. Meistens waren die Kollegen alle anwesend. Kollege Rauch (München) hielt auch eine Versammlung, zu welcher wir die unanwesenden Kollegen fröhlich eingeladen hatten, leider war der Erfolg ein geringer. Es muß hier auch der Kollegen Führe, Unfin und Bierhoffer gedacht werden, welche uns ihre vollen Kräfte zur Verfügung stellten. Jetzt heißt es raschlos weiter arbeiten!

**Metallarbeiter von Kempten und Umgebung!** Um euch ergeht der Ruf, organisiert euch nützt die Stunde, tretet dem christlichen Metallarbeiter-Verband bei, es wird zu eurem Nutzen und Segen sein. Immer vorwärts, niemals rückwärts! W. W.

**Pegnitz.** Seit einiger Zeit hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hier Mitgliedschwund zu buchen. Mitglieder, welche mehr als 10 Jahre in ihren Reihen standen, sind zu den Gelben abgeschworen, welche im übrigen hier nur ein Scheindasein führen. Von all dem wäre an dieser Stelle keine Notiz genommen worden, wenn nicht die Genossen fortgesetzt unsere Organisation und Verbandskollegen verächtigten würden. Auf die Gepflogenheit persönlicher Verdächtigungen, wie dieselbe in sozialdemokratischen Blättern üblich ist, gehen wir hier nicht ein.

So weit sich folche aber gegen die Organisation richten, sei lediglich festgestellt, daß nicht der christliche Verband, sondern der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband bei der Bewegung im Frühjahr veragt hat. Ein Teil der former hatte damals schon gestritten; nach einigen Tagen hielt es erst, wir haben von der Zentrale keine Genehmigung. In der diesbezüglichen Betriebsversammlung konnte Ensner kaum sprechen, der Vorsitzende mußte die eigenen Anhänger wiederholz zur Ruhe mahnen, dieselben hatten damals für Ensner keine Schmeichelnamen. Es war auch kein Christlicher, welcher in der Diskussion an das lämmliche Fiaso in Mannheim erinnerte.

Kollege Konrad hat lediglich die derzeitige, für wirtschaftliche Kämpfe weniger geeignete Zukunftslinie gekennzeichnet. Sein Hinweis auf die Finanzverhältnisse war wohl einige unbedeutend, insbesondere die Feststellung, daß die christlich organisierten Metallarbeiter keine Schmiedefabrik betreiben, da sie 70 Pfsg. Wochenbeitrag leisteten, während auf sozialdemokratischer Seite nur 65 Pfsg. bezahlt werden. Gerade mit letzterem ist für eine jüngere Organisation bewiesen, daß sie für ihre Arbeitssache Opfer zu bringen versteht und sich selbst von den Genossen nicht übertreffen lassen.

Also mögen die Genossen vor der eigenen Tür feiern. Freilich, wer bei dem Parteiviertel reichlich verkehrt und verzehrt, ist ein angesehener Mann bei den Genossen.

Unsere Kollegen wissen bestes zu tun und verstehen die soziald. Verdächtigungen richtig einzuschätzen, auch auf soziald. Seite gingen schon manchem die Augen auf. Metallarbeiter von Pegnitz! In ihren Früchten kommt ihr die Taten der roten Prählschänke erkennen. Gebt ihnen die gebührende Antwort durch Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband, der eure Interessen mit Nachdruck und Erfolg vertreten wird!

**Flensburg.** In welcher Weise in den sozialdemokratischen Gewerkschaften Kulturarbeit geleistet wird, bewiesen die Flensburger Genossen in einer am 13. November hier selbst stattgefundenen öffentlichen Versammlung, in welcher unter zweiter Verbandsvorsitzende Kollege Kloft-Essen über das Thema: "Die christlichen Gewerkschaften in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" sprach. Die Flensburger Genossen hatten sich in der Erinnerung ihrer Unschuld, selbst mit dem Gegner die Klinge zu breuzen, einige Wortführer von auswärts kommen lassen, darunter den sattsam bekannten Radikalinst Koischmann-Kiel.

In seinem 2½ stündigen Referat, welches sich auf durchaus objektiven Boden belegte, entledigte sich Kollege Kloft in treffender Weise seiner Würde. Wenn wir auch nicht der Ansicht waren, daß die anwesenden Genossen mit den Ausführungen seines Kollegen in vollem Umfang einverstanden sein

würden — denn dazu kennen wir die Geistesverfassung dieser Brüder zu genau — so hätten wir doch wenigstens ein anständiges Verhalten versucht während des Referates erwartet. Aber weit gefehlt. Als der Referent die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften auf Grund der sozialistischen Tendenzen der freien Gewerkschaften nachwies und die Irrlehren des Sozialismus beleuchtete, da erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm der Genossen, ein Brüllen, daß diese "Freiheitshelden" die Wahrschau nicht ertragen könnten. Aber es half alles nichts. Kollege Kloft ließ sich nicht beirren und sagte den Herren noch manche bittere Wahrheiten, die ihnen wohl heute noch in den Ohren klingen werden. Am Schlusse des Referates vollführten die Genossen wiederum eine wilde Radausse, ein Johlen, Rufen und Tüpfelkampf, jetzt gleichzeitig wie aus Kommando ein, zweitelloos die Freiheit sozialdemokratischer Kulturarbeit.

Bezirksleiter Kollege Hartmann, welcher die Versammlung leitete, nagelte das flegelhafte Verhalten der Genossen auch sofort in größter Weise fest. Wer nun geglaubt hatte, der anwesende sozialdemokratische Reichstagkandidat für Flensburg Obergenosse Michelsen, würde seine Genossen zur Ruhe ermahnen, sah sich getäuscht, vielmehr empfand derselbe an dem tumult ancheinend noch Freude.

In der Diskussion wurde auf Grund der zahlreich vorliegenden Wortmeldungen, sowie der vorgerückten Zeit die Rüdezeit auf eine halbe Stunde festgesetzt. Das passte natürlich den Genossen nicht zu ihrem Stam, wiederum versuchten sie durch eine Värmzone ihrem Bestreben Dauerreden zu halten, Wellung zu verschaffen; jedoch vergeblich. Der Vorsitzende ließ sich nicht erweichen. Der Beamte Adler vom sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband erhielt zunächst das Wort. Wer nun geglaubt hätte, Adler würde den vom Referenten zerzausten Sozialismus rechtlichen Klischee nicht an, denn da glaubt niemand dran! Überging Genosse Adler sein läuberlich das für die Sozialdemokratie sehr brenzliche Thema und begnügte sich mit einigen Ladenschatzungen, abgedroschenen Phrasen über die christlichen Gewerkschaften und nach zehn Minuten war er am Ende seiner Weisheit angelangt.

Auch der folgende sozialdemokratische Medauer Rossmann-Kiel unterschlug es, auf das Thema selbst einzugehen und zog es vor, sich in gemeinen Beschimpfungen über den Referenten zu ergehen. Vom Vorsitzenden wiederholte zur Ordnung gerufen, fühlte sich dieser saubere Herr vergewaltigt und verunlautete unter seinen Anhängern, von denen sich eine große Zahl in betrunkenem Zustande befand, eine neue Standesszene. Nun kam der Obergenosse Michelsen an die Reihe. Auch dieser hielt es wie seine Vorgänger für angebracht, den Referenten Kloft in der gehässigsten Weise zu überwinden, was den Vorsitzenden zu dem Hinweis nötigte, wenn er (Michelsen) in dieser Weise fortfahre, werde ihm das Wort entzogen. Das war natürlich nach dem Urteil der Sozialdemokraten wiederum eine Vergewaltigung. Das haben wir ja von jener erlebt, wenn die Genossen mit ihren Misspeleien nicht durchdringen können, dann glauben sie sich vergewaltigt.

Weil Michelsen etwas vernünftiges zu sagen nicht im Stande war, versuchte er den Vorsitzenden anzupöbeln, worauf ihm das Wort entzogen wurde.

Nun zeigten sich die Genossen in ihrer ganzen Glorie; ein neuer Tumult setzte ein; mit erhobenen Fausten drängten sich diese Radausse, nach dem Vorstandstisch, ein christlicher Bauhandarbeiter, der seiner Entrüstung über das Verhalten der Genossen durch einige Zwischenrufe Ausdruck gab, wurde im Vorraum des Saales blutig geschlagen. Hierauf sah sich der Vorsitzende gezwungen, wenn die Verquinning nicht der polizeilichen Auflösung verfallen sollte, dieselbe vorzeitig zu schließen.

Mit solchen Elementen will die Sozialdemokratie die Welt aus den Angeln heben und den - Zukunftsstaat errichten. Das würde ein nettes Staatsgebilde geben.

Wie zu erwarten, veröffentlicht die sozialdemokratische "Schleswig-Holsteinische Volksztg." in ihrer Nr. 268 vom 17. November einen vollständig verlogenen Bericht über die Versammlung. Das Geschreibsel ist nicht wert, auf alle Einzelheiten einzugehen, jedoch wollen wir einen Punkt um der Richtigstellung willen erörtern. In dem Bericht heißt es u. a.: "Gleich von vornherein fiel es auf, daß als Versammlungsleiter der christliche Gauleiter Hartmann aus Hamburg anwesend war, derjelche Hartmann, der vor noch nicht langer Zeit die Lüge aussprach, er habe in der Versammlung auf „Hoheluft“, wo Genosse Schlicht sprach, das Wort nicht bekommen." Das ist eine Verleumdung.

Zu dieser Versammlung erklärte der Vorsitzende bei Eröffnung derselben: "Indem unsere heutige Versammlung eine Mitgliederversammlung ist, so können wir den anwesenden Vertretern anderer Organisationen das Wort nicht erteilen." Das heißt auf gut deutsch, wir erteilen dem anwesenden Bezirksleiter Hartmann vom christl. Metallarbeiterverband das Wort nicht. So, berehrte "Volkszeitung", liegen die Dinge in Wirklichkeit. Über an Verleumdung und Chrabshniderei seitens der Genossen sind wir ja gewöhnt, das ist nun einmal bei dieser Gesellschaft Prinzip.

Mit dieser Versammlung haben die Flensburger Genossen von neuem den Beweis erbracht, daß in den sozialdemokratischen Gewerkschaften Kulturarbeit nicht möglich ist.

Christliche Gewerkschaftler von Flensburg! Wollt Ihr, daß eine wahrhaft ernste, im Interesse des Arbeiterstandes liegende Kulturarbeit betrieben werden soll, so ist es Eure Pflicht, noch mehr wie bisher an der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten. Hier gilt der Ruf: Jeder sei ein Pionier unserer Bewegung!

**Leipzig.** Wegen der vor einiger Zeit durch die Presse gegangenen Notiz: "Graf Bismarck von Edstädt und die Witwe der nationalen Arbeiter Sachsen" wurde in der Delegierten-Sitzung vom 4. November 1909 nachstehende Resolution einstimmig gefasst: "Die Delegierten-Versammlung des Ortskartells Leipzig der christlichen Gewerkschaften Sachsen erträgt die ausgeschriebene Entschließung, welche des neuen sächsischen Ministers Dr. Graf Bismarck von Edstädt gern an; kann sich aber mit der Befragung der Herren Golbs-Breslau, Kröner-Chemnitz und Hugo Bunzel-Leipzig als Vorsitzende der Nationalen Arbeiterausschüsse über die Forderungen der christlich-nationalen Gewerkschaften Sachsen beauftragt einverstanden erklären. Wenn die Regierung ein richtiges und einwandfreies Bild von den Forderungen und Bestrebungen der einzelnen Betriebsorgani-

sationen verschaffen will, so kann dies nur durch die Bejrung der beruhenden Verträge der Berufsverbände geschehen, denn diese sind am ehesten in der Lage ein klares Bild über die Lage ihres Berufes und die zur Erreichung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse zu erreichenden Forderungen zu geben."

**Taarhütten.** (Burbach). Am Sonntag, den 3. Oktober wurden, nach dem Saarbrücker Generalauszug, (Hüttenblätter), auf der Burbacher Hütte 2 Bureaubeamten, 3 Werkmeistern und 49 Arbeitern, welche ihr 25jähriges Arbeitsjubiläum feierten, eine silberne Uhr als "Auszeichnung" in Gegenwart des Herrn Bürgermeister Mangold verliehen. Zu bemerken ist, daß nur an diejenigen Arbeiter die silberne Uhr ausgeschüttigt wird, die treu an dem saarbrückischen System festhalten, d. h. sich nicht ihrer Standespflicht bewußt sind und somit keiner Arbeitersorganisation angehören. Dwar mögen unter den 49 Jubilaren viele sein, die in ihrem Innern wohl die Pflicht des Arbeiters gegenüber seinem Stande erkannt haben, aber auf Grund der Verhältnisse, wie sie in Burbach liegen, sich nicht trauen, dieser Pflicht auch praktisch nachzukommen.

Der Herr Generaldirektor Weisdorf hielt bei dieser Gelegenheit an die Jubilare eine Ansprache, die hier nicht widersprochen bleiben darf, weil aus derselben ja recht vorholt, wie dem Arbeiter der „süße Brei um den Mund geschnitten“ wird, damit sie schön „brav“ bleiben. Ein wahres Jammerlied summte der Herr Generaldirektor in seiner Rede über den schlechten Geschäftsangang an, indem er ausstöhnte:

"Meine Herren im vorigen Jahre an dieser Stelle ausgedrückte Befürchtung, die eingetretene Geschäftskrise sei noch nicht beendet, hat sich leider im laufenden Jahre vollaus bestätigt. Trotz der in den Zeitungen wiederholt auftauchenden Nachrichten, daß das Eisenengeschäft sei besser geworden, ist gegenwärtig die Geschäftslage so schlecht, wie sie nur je gewesen ist."

Der Herr Generaldirektor hat anscheinend aus dem Grunde den „gelben“ Hüttenarbeitern die wirtschaftliche Lage als eine so traurige und schwarze geschildert, damit die Arbeiter höchst still zufrieden sein und nicht melden sollen. Jeder Arbeiter, der die Presse verfolgt, (Hüttenblätter ausgeschlossen) weiß und muß wissen, daß der Tieftstand der wirtschaftlichen Krise längst erreicht war und wir uns schon seit Monaten im Stadium einer aufwärtsbewegenden Konjunktur befinden. Ein Generaldirektor, dessen Wert im Berichtsjahr neben hohen Abschreibungen, Tantemen etc. noch 30% Dividende verteilt kann, hat überhaupt keine Ursache, von sich leichten Seiten zu reden.

Wie steht es nun mit der Großindustrie im Saarbezirk? Hierfür dürften wohl die Zahlen über die Kohleienproduktion Ausklärung geben. Nach der "Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung", Nr. 46 ds. Jrs. (herausgegeben von Dr. A. Tille) betrug die Kohleienproduktion für den Saar-Industriebezirk:

|               | 1908           | 1909           | 1909 mehr     |
|---------------|----------------|----------------|---------------|
| Januar . .    | 81,674 Tonnen  | 86,751 Tonnen  | 5,077 Tonnen  |
| Februar . .   | 78,990 "       | 84,004 "       | 5,014 "       |
| März . .      | 87,909 "       | 94,261 "       | 6,322 "       |
| April . .     | 87,508 "       | 91,668 "       | 4,160 "       |
| Mai . .       | 89,844 "       | 97,889 "       | 8,045 "       |
| Juni . .      | 85,262 "       | 96,479 "       | 11,217 "      |
| Juli . .      | 87,183 "       | 97,168 "       | 9,985 "       |
| August . .    | 87,708 "       | 100,369 "      | 12,661 "      |
| September . . | 83,835 "       | 96,603 "       | 12,768 "      |
| Oktober . .   | 83,512 "       | 86,911 "       | 13,399 "      |
|               | 853,425 Tonnen | 942,103 Tonnen | 88,678 Tonnen |

Diese Zahlen beweisen deutlich, daß die Großindustrie an der Saar schon seit Januar ds. Jrs. im Aufsteigen begriffen ist. Auch die Eisenpreise haben schon seit Monaten eine steigende Tendenz angenommen. Warum sagt nun der Herr Generaldirektor seinen "Gute Leute" davon nichts? Warum schildert er seinen Leuten den wirtschaftlichen Himmel möglichst schwarz? Die Antwort muss lauten: Wenn der Herr Generaldirektor Weisdorf den „gelben“ Getreuen die tatsächliche wirtschaftliche Lage geschildert hätte, dann wäre zu befürchten gewesen, daß die Hüttenarbeiter rebellisch geworden wären, wegen den enormen Lohnabzügen und Feierschichten mit denen die „gelben“ im letzten Jahre beelegt wurden.

Ein bezeichnendes Jammerlied summte der Herr Generaldirektor fern in seiner Festrede über den starken Auftrieb der wechselseit (4000 bei einer Belegschaft von 5000) und über die hohe Kranken- und Unfallziffer an. Als Ursache wurde der Mangel an Logis und Wohnung angeführt, was jedoch nicht zutrifft. Jeder denkende Arbeiter und Bürger von Saarbrücken weiß, daß die Ursache dieser Missstände ganz anderswo zu suchen sind. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß Hunderte von fleißigen und braven Arbeitern in den letzten Jahren auf der Burbacher Hütte entlassen wurden, weil sie von ihrem Rechte der Koalition und der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hatten, wodurch der Burbacher Hütte der alte seelige Arbeitersammel von Arbeitern gegangen ist. Ferner hat eine große Anzahl von Arbeitern den Staub Burbachs von ihren Filzen geschüttelt und sich anderswo Arbeit gesucht, weil sie es nicht länger mehr mit ihrer Arbeiter-Elfe vereinbaren konnten, als freier Arbeiter und Mensch unter einem solch slawischen System zu arbeiten, wie es in Burbach herrschte. Wirklich ist es eine Staatburger lassen sich im heutigen Zeitalter nicht zu Hosten erniedrigen.

Nich in letzter Linie läßt auf die niedrigen Löhn, die wieder eingetragen sind, seitdem die Arbeiter der Burbacher Hütte durch die schärmischen Machenschaften sich zum großen Teil vom christl. Metallarb.-Verband trennen, dazu beigetragen haben, daß die Arbeiter kommen und gehen, wie in einem Laubenschlag.

Am Schluß der Festrede führte der Herr Generaldirektor noch folgendes aus: "Trotz des schlechten Geschäftsangesatzes vertrügt er seinen Antrag, vertragen, in diesem Jahre den gleichen Betrag wie im Vorjahr und zwar 150 000 Mark als Gratifikationen an die Mitglieder des Hüttenvereins bar aus zu zahlen. ... Ausdrücklich für meinen Antrag war die musterhafte Haltung der Mitglieder."

Was bleibt nun die "musterhafte" Haltung vor? Die "gelben" die 150 000 Mark erhöhen möchten wollen, wird man fragen? Antwort:

1. Weil die „Gelben“ ohne zu hurren sich Lohnabzüge gefallen ließen, die mehrere Millionen Mark betragen würden.

2. Weil sie ruhig zugesehen hatten, wie Geierschichten eingelagert wurden, und die übrigen Arbeitstage so gemurkt wurde, daß in wenigen Schichten gerade so viel Tonnen geliefert wurden, wie bei vollen Schichten.

3. Weil bei der Stadtratswahl sich alle „Gelben“ wie eine Schäferherde zur Wahlurne führten ließen um die Hüttenkandidaten zu wählen.

4. Weil die „Gelben“ angeben, daß der schaumacherische sozialstaatliche und arbeiterfeindliche „Sotolanzeiger“ als obligatorisches Vereinsorgan des „Gelben“ Hüttenvereins eingeführt wurde, wofür jeder „Gelbe“ 40 Pf. monatlich zahlt.

5. Weil die „Gelben“ damit einverstanden waren, daß die „gelben“ Hüttenvereine sich als Sturmbock gegen den gesetzlichen Hüttenarbeitschutz (Bundesratsverordnung) gebrauchen ließen.

Da es ist eine unerträgliche Tatsache, die „Gelben“ müssen in ihrem eigenen Sumpf erstickt, erst dann wird die Reaktion eintreten und dann die Revanche. Diese verdorben und armen Arbeiter auf den Weg bringen, der sie führt in den christlichen Metallarbeiter-Verband.

R. B.

## Soziales.

### Arbeitslosen-Hilfsorgie i. Mühlhausen i. Eis.

Der Gemeinderat der Stadt Mühlhausen hat die Einführung der städtischen Arbeitslosenunterstützung endgültig beschlossen. Mit dem 1. Dezember tritt dieselbe bereits in Kraft. Demnach erhalten jene unverschuldet arbeitslos werdenen Arbeiter oder Arbeiterinnen, die einer Arbeiterorganisation angehören, welche ihnen statutgemäß eine Arbeitslosenunterstützung gewährt, ebenfalls von der Stadt einen Zuschuß zu dieser Unterstützung. Die Höhe dieses Zuschusses beträgt 70 Prozent des von der in Betracht kommenden Organisation gewährleisteten Unterstützungsbeitrages. Für Arbeiter mit unterstützungsbefürftigen Familienangehörigen werden 80 Prozent dieses Betrages in Anrechnung gebracht. Erhält z. B. ein Arbeiter von seiner Verarbeiterorganisation wöchentlich 6 Mark Arbeitslosenunterstützung, so beträgt der städtische Zuschuß 4,20 Mt., oder falls dieser Arbeiter unterstützungsbefürftige Familienangehörige hat 4,80 Mark pro Woche. Erhält er dagegen wöchentlich vierter Arbeiter eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 10,20 Mark, bezw. 10,80 Mark beziehen.

Vie nun bei den meisten gewerkschaftlichen Beziehungsorganisationen die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung erst vom Tage der ersten Anmeldung ab unter Anrechnung der vor geschriebenen Karrenzeit in Kraft tritt, so ist für den Bezug der städtischen Arbeitslosenunterstützung dieser Anmelzungstag ebenfalls maßgebend. Es ist daher für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von großem Interesse, daß sie eine eventuell eintretende unverhoffte Arbeitslosigkeit sofort am ersten Tage bei dem Vorstand ihrer Organisation und dem städtischen Arbeitsamt zur Anmeldung bringen.

### Weiterzahlung des Lohnes bei Krankheit.

Der Rechtsatz, daß Leistung und Gegenleistung einander die Wage halten müssen und bei einer Leistung nur ein entsprechender Teil der Gegenleistung gefordert werden kann, findet auch auf das Bürgerliche Anwendung. Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Rechtsregel wird durch § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches statuiert, der vorschreibt:

„Der zur Dienstleistung verpflichtete (der Arbeitnehmer) wirkt des Anspruches auf Vergütung (Lohn) nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verhülden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zufommt.“

Hier nach kann die Weiterzahlung des Arbeitslöhnes für kurze Krankheitszeiten gefordert werden und zwar von allen Arbeitersassen, insbesondere auch von Außendarbeitern. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist aber nur anordnender Natur und kann dessen Wirkung durch Arbeitsvertrag oder Arbeitsordnung ausgeschlossen werden. Ist eine derartige Ausstiegung (wie in den meisten Fabriken mit mehr als 20 Arbeitern tatsächlich geschehen) erfolgt, so erhält der Arbeiter nur diejenige Zeit bezahlt, während deren er ordnungsgemäß gearbeitet hat. Das gilt nicht nur für Akord-, Stunden- oder Tagelohnarbeiter, sondern auch für solche Arbeiter, die gegen Wochen oder Monatslohn beschäftigt sind; z. B. würde ein gegen 20 Mark Wochenlohn beschäftigter Arbeiter dann nur in der vorigen Woche in der Woche gearbeitet haben, auch nur die Hälfte des vereinbarten Wochenlohnes beanspruchen können.

**Gesetzliche Regelung des Prämienystems,** das, außer in den Gruben, noch vielfach aus Fabriken stammt, verlangt der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Bezirk Lothringen in dem jüngst erschienenen Jahresbericht für 1908. Der Beamte will nicht verkennen, daß das Prämienystem dort, wo es den Zweck verfolgt, ein vünftliches Innhalten der Arbeitszeit in Anlagen herzuführen, in denen auf einen geordneten und unsässlichen Betrieb besonders Wert gelegt werden muß und dementsprechend die Prämien in den Ruhungstage mit ausbezahlt werden, berechtigt sei. In einzelnen Betrieben jedoch die Prämien erst am Ende des Jahres ausbezahlt, und hier hätten sie hauptsächlich nur den einen Zweck, die Arbeiter an das Werk zu binden, obwohl für deren Bestehen meist andere Gründe angegeben würden. Derartige Prämien können meist in jungen Betrieben vor, in denen die Löhne meistig seien. Da die Arbeiter, die innerhalb eines Jahres ausschieden, auf die oft erheblichen Prämien keinen Anspruch hätten und demnach im Laufe des Jahres schwer kündigen könnten, so würden sie in ihrem Kündigungsschreit entgegen den Bestimmungen des § 122 GO. einseitig geschändert. Durch diese Prämien hätten außerdem die Arbeitgeber ein Mittel in der Hand, die Arbeiter mit weit höheren Strafen zu belegen, als ihnen nach § 134b, Abs. 2 GO. zusteht. Der Beamte macht nach dieser Richtung die folgende Angabe:

„In einem Hüttenwerk wurde festgestellt, daß die verlangten Gehstrafen teilweise das gesetzliche Höchstmäntel überschritten. Einem Schlossarbeiter z. B. wurden für drei aufeinanderfolgende Fehlstage je 5 Mt. in Abzug gebracht, und da er gleichzeitig die Monatsprämie von 16 Mark einbüßte, so hatte er für diese drei Fehlstage außer dem verlorenen Lohn noch einen Verlust von 31 Mark. bemerkte sei, daß auf Veranlassung des Gewerbeaufsichtsbeamten der zuviel abgezogene Betrag für die direkte Geldstrafe dem Arbeiter wieder zurückgezahlt wurde.“

Noch weit empfindlicher als in diesem Falle werde die Strafe in den Fabriken mit Jahresprämie, wenn diese den Arbeitern wegen irgendwelchen strafbaren Verhaltens ebenfalls in Abzug gebracht werde. Das Prämierwesen könne demnach vielfach zu Unbilligkeiten gegenüber den Arbeitern ausgenutzt werden. Zu diesem Zwecke wünscht der Lothringische Beamte eine gesetzliche Regelung des Prämienystems. Und zwar wäre es nach ihm zur Ausübung einer besseren Kontrolle und um gegen etwaige Misswüchse vorgehen zu können, jedenfalls angezeigt, den § 134b GO. dahin zu ergänzen, daß in der Arbeitsordnung auch über die etwaigen Prämien die erforderlichen Bestimmungen getroffen werden müssen, über die Art und Höhe derselben, wie Art ihrer Entziehung, die Zeit der Auszahlung, über den Zweck, den sie verfolgen und über die Vermirkung derselben. Es sei diese Forderung umso berechtigter, als die Prämien oft als ein Teil der Arbeitslöhne angesehen werden müssten. In dem Wunsche, eine gesetzliche Regelung des Prämierwesens teilt sich mit dem Beamten auch die Arbeiterschaft.

### Vierteljährlicher Bericht der Zentralstelle

der  
Zentral-Krankengeld-Zuschusskasse der kath. Arbeitervereine und christlichen Zusammenschlüsse  
(eingeschriebene Hüttekasse.)

für das III. Quartal 1909.

A. Die Einnahmen betragen:

|   |               |
|---|---------------|
| a) an Beiträgen der Verwaltungen . . . . .        | M. 106 017,07 |
| b) Eintrittsgelder . . . . .                      | 1387,35       |
| c) Strafgelder . . . . .                          | 1062,45       |
| d) Zufällige Einnahmen der Verwaltungen . . . . . | 347,89        |
| e) Extra-Beiträgen . . . . .                      | 7287,14       |
| f) Zinsen . . . . .                               | 1900,62       |
| g) Zufällige Einnahmen der Zentrale . . . . .     | 7,90          |
| Zusammen . . . . .                                | M. 118 110,42 |

B. Die Ausgaben betragen:

|  |              |
|--|--------------|
| a) an Krankengeld der Verwaltungen . . . . . | M. 93 566,34 |
| b) Sterbegeld . . . . .                      | 1568,10      |
| c) Zufällige Ausgaben . . . . .              | 287,78       |
| d) Ta lige Ausgaben . . . . .                | 187,50       |
| e) Portoauslagen . . . . .                   | 168,06       |
| f) Miete . . . . .                           | 30,—         |
| g) Druckgächer . . . . .                     | 828,20       |
| i) Persönliche Auslagen . . . . .            | 1159,15      |
| j) Zinsen . . . . .                          | 152,—        |
| Zusammen . . . . .                           | M. 97 842,13 |

### Statistische Mitteilungen.

Zahl der örtlichen Verwaltungsstellen am Schluß des II. Quartals 1909 . . . . . 342

Neu angeöffnet in diesem Quartal . . . . . 18

Zusammen 355

Zahl der selbständigen Zahlstellen am Schluß des II. Quartals 1909 26

Zusammen 27

Mitgliederzahl am Schluß des II. Quartals 1909 . . . . . 19268

Zusammen 398

Neu aufgenommen in diesem Quartal . . . . .

Zusammen 19656

Gestorben in diesem Quartal . . . . . 20

Zleiten 19636

Vorgekommene Krankheitstage . . . . . 2183

Zahl der Krankheitstage . . . . . 62209

Der Zentral-Klassifer: W. Erlinghausen.

Nennt und richtig befunden:

Düsseldorf, den 10. November 1909.

Der Zentralvorstand.

S. B.: O. Gobbers.

Der Auschüß.

S. B.: J. Oberheid.

Zur Beachtung wird dem Bericht hinzugefügt:

1. Es hat sich bei der Eintragung, sowie auch bei der Revision der eingeladenen Abrechnungen vom III. Quartale herausgestellt, daß noch immer einige Verwaltungsstellen mit der Eintragung der von der Zentralstelle anferbarten beiden Extra-Wochenbeiträge sich im Rückstand befinden, bzw. dieselben bis dato noch nicht eingezogen haben. Diese Verwaltungsstellen werden deshalb nochmals daran erinnert, die Beiträge von den Kassenmitgliedern unabhängig von der ganzen Beitragssumme für die beiden außerordentlichen Wochenbeiträge bei der Zusammenstellung des Jahresberichtes anzugeben werden müssen.

2. Die Vorstände werden darauf hingewiesen, daß bei Bezeichnung von neuen Kassenbüchern für das nächste Geschäftsjahr dies frühzeitig der Zentralstelle mitgeteilt ist, damit dieselben auch rechtzeitig zugestellt werden können. Zu bemerken ist hierbei, daß nur die Bücher erneut zu werden brauchen, die ganz ausgenutzt sind. Für solche Bücher, die nur teilweise geschrieben sind, können von der Zentralen einzelne Blätter zum Nachschreiben geliefert werden, damit auf diese Weise dieselben noch ein Jahr hinziehen.

## Sterbetafel.



Düsseldorf-Math. Am 18. November starb unser Kollege August Büchel, Schlosser im Alter von 57 Jahren an Magenkrebs.

Cöln-Poll. Am 19. November starb unser Kollege Theodor Bay im Alter von 21 Jahren beim Militär in Cöln an Mittelohrentzündung.

Ehre ihrem Andenken.

### Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versammlt ohne trügerischen Grund keine Versammlung!

Berg-Vorbeck. Samstag, den 27. November, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Vortmann, Hochstraße. Bochum. Sonntag, 28. Nov. nachm. 4 Uhr öffentl. Festversammlung mit Frauen. Redner: Herr Pastor Hoi und Bezirksleiter Kollege Hirtle er.

Worms. Sonnabend, den 27. Nov., abends 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Lindemann, Oberbörry 69. Vortrag der Arb. Schütz g. e. Alle Meldungen in Werbemitschriften, sind zu richten an C. Koos, Nördigerstraße 64. Unterflur: naem zählt Ant. Weyer, Nördigerstraße 8 aus.

Duisburg I. Freitag, den 26. Nov., abends 8 1/2 Uhr bei Kuppers & vonheimerstraße. Vortrag des Kollegen Burghard.

Düsseldorf-Oberhilt. Sonntag, den 28. Nov., vormittags 11 Uhr findet im Lokale des Herrn Mölges, Ellerstraße eine Mitglieder-Versammlung der dort im Bezirk wohnenden Kollegen statt. Düsseldorf-Rath. Sonntag, den 28. Nov., abends 8 Uhr findet im Lokale des Herrn Schulen „Rheinischer Hof“, Katzenstraße unsere Mitgliederversammlung mit Frauen statt. Referent: Kollege Leupke.

Düsseldorf. Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 11 Uhr findet im Paulushaus, Louisenstraße 83/85 die Mitglieder-Versammlung der Ortsoverwaltung statt. Referent: Bezirksleiter Kollege Schmid, Köln. Ernehen aller Kollegen dringend notwendig. Dortmund-Hörde. Mittwoch, den 1. Dezember, abends 8 1/4 Uhr Versammlung bei Stoile (Völker Stimpel).

Durlach. Sonntag, den 28. Nov., nachmittags 3 Uhr in Durlach, Alte Brauerei Bauer öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung. Tagesordnung: Der Kampf der Feuerwehr gegen die christlichen Gewerkschaften. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Unorganisierte mitbringen.

Drensteinfurt. Sonntag, den 28. Nov., nachmittags 5 Uhr in Hotel Kreuz Versammlung mit Familienangehörigen.

Elsen-Frohnhausen. Sonntag, den 28. November, nachm. 7 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Frauen im Lokale Pottgiesser, Frohnhauser Kommensstr. Ede.

Gelsenkirchen-Gümke. Freitag, den 26. Nov., abends 7 Uhr bei Luis.

Gelsenkirchen-Reinhardt. Samstag, den 27. November, abends 8 Uhr bei Luis.

Gelsenkirchen-Lüttendorf. Sonntag, den 28. November nachm. 4 Uhr Versammlung mit Frauen bei Walter.

Gladbeck. Sonntag, den 28. Nov., nachmittags 4 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus. Paderborn. Sonntag, den 28. Nov., vormittags 10 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Domplatz. Mitgliederbücher und unorganisierte sind mitzuringen. Alle Zürcher und Sendungen sind an Kollege E. Wagner, Paderborn, Risan 9 zu richten. Seder Arbeits- und Wohnungsmechel ist dort zu melden. Unterstützungen werden nur hier von abends 7 1/2 bis 9 Uhr ausgezahlt.

Stettin. Nächste Mitglieder-Versammlung mit Vortrag am Sonntag, den 5. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr bei Schulmöbi, Blumenstraße 16.

Sulzbach. Sonntag, den 28. November, nachmittags 3 Uhr Versammlung bei Josef Schall. Vortrag eines auswärtigen Redners.

### Beste Bezugssquelle für Solinger Stahlwaren.

Verende meine bekannt guten Messer, tabelllos hohl geschlossen mit prachtvollem Etui, für den Spottpreis von nur 80 Pf. (Porto extra).

Nr. 60 fein hohl 2,00 Mt.

" 62 extra " 2,50 "

### Haarschneide-Maschinen

Nr. 33 3,00 Mt.

" 34 4,50 "